

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moriaplas 15195-97
Expedition Moriaplas 11753-54

Donnerstag, den 19. Januar 1922

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moriaplas 11753-54

Steuerfrage und Reparation.

Reichstagsfraktion und Besitzbesteuerung.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm gestern nachmittag den Bericht des Genossen Hermann Müller über die bisherigen Steuer Verhandlungen entgegen. Genosse Müller stellte unter allgemeiner Zustimmung fest, daß angesichts der schweren, von den Massen zu tragenden Lasten die in den Regierungsvorlagen vorgesehenen Besitzsteuern als durchaus unzureichend erscheinen. In Bezug auf die Frage, ob es bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen im Reichstag möglich sein wird, zu einem die Sozialdemokratische Partei voll befriedigenden Ausgleich zu gelangen, äußerte sich Genosse Müller skeptisch. Er wies auch auf die große Gefahr hin, daß das Kabinett Wirth über die Steuerreform stürzen könnte, was eine verhängnisvolle Verschlechterung unserer inneren und besonders auch der äußeren Lage bedeuten würde.

In der Debatte wurden die verschiedenen Möglichkeiten, den Gedanken der Erfassung der Sachwerte gesetzgeberisch zu verwirklichen, eingehend erörtert, wobei die Frage der Auflegung einer Zwangsanleihe, die von den Wirtschaftsverbänden zu garantieren wäre, mit in den Kreis der Erörterungen gezogen wurde. Die Beratungen werden heute vormittag 10 Uhr fortgesetzt.

Für die bisherige Wirkung der Besitzsteuern ist bezeichnend, daß von den bis Juni 1921 eingegangenen Zahlungen von 15 Milliarden auf das Reichsnotopfer über 10 Milliarden durch Kriegsanleihe geleistet wurden. Für die weiteren Monate des Jahres 1921 ist dasselbe Verhältnis anzunehmen. Nur der Rest wurde bar (d. h. in Papiermark) gezahlt. Man ersieht hieraus, daß das Reichsnotopfer in der bisherigen Form lediglich auf eine Kücndigung der Kriegsanleihe hinausläuft, und zwar zu einer Zeit, in der das Reich sich in der ärgsten Finanznot befindet und an eine Tilgung von Anleihen nicht denken kann.

Die Reparationsdenkschrift.

Die Arbeiten der einzelnen Reichsministerien zur Aufstellung der von der Reparationskommission geforderten Denkschrift sind im vollen Gange. Die Arbeiten werden dadurch erleichtert, daß das Material bereits für die deutsche Delegation für Cannes zusammengestellt war und jetzt Verwendung finden kann. Vor allem handelt es sich darum, der Reparationskommission die in Aussicht genommene Regelung der Reichsfinanzen im einzelnen darzulegen und einen Gesamtplan aufzustellen. Wie der „Sozialdemokratische Presseklub“ erfährt, wird die Denkschrift unter anderem eingehende Mitteilungen über die Wirkung der neuen Steuern und die beabsichtigte Regelung der Kohlenpreise machen. In bezug auf die von der Entente geforderte Stilllegung der Rentenpresse beabsichtigt die Reichsregierung auf die damit verbundenen großen Schwierigkeiten hinzuweisen. Soweit eine Uebersicht möglich ist, werden nach dem bisherigen Abschluß des Reichsetats nicht mehr als 18 Milliarden Papiermark für die Reparationsleistungen zur Verfügung stehen; es sei denn, daß man vor einer weiteren Vermehrung der schwebenden Schulden nicht zurückschreckt, was die Entente gerade vermeiden will. Zu beachten ist, daß die Erleichterungen durch die Zulassung von Sachleistungen an Stelle von Barleistungen nur den Devisenbedarf verringern, den inneren Etat jedoch weiter stark belasten. Die schweren Krisen, die man von großen Barleistungen erwartet, sind durch die Umstellung auf Sachleistungen allein noch nicht vermieden. Daß Erschütterungen im Inneren auf unsere Zahlungsfähigkeit noch außen zurückwirken, ist selbstverständlich. Auf alle diese Einzelheiten wird die Denkschrift hinweisen, wie sie auch die Rückwirkungen einer Schwächung der inneren Wirtschaft Deutschlands auf den Weltmarkt darzulegen versuchen wird. Auch für die Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau der Oststaaten sollen Vorschläge vorbereitet werden.

Bei aller Bereitwilligkeit der Reichsregierung, im Rahmen des Möglichen zu zahlen und Sachleistungen zu leisten, wird man doch darauf hinweisen müssen, daß je höher die Reparationsleistungen sind, der innerwirtschaftliche Aufbau Deutschlands um so schwerer ist. Im ganzen sind nur solche Reparationsleistungen möglich, die der Reichsetat übertragen kann.

Verringern die Befahrungskosten schon ganz erheblich die deutsche Zahlungsfähigkeit, so wird bei den Ueberwachungskommissionen eine Reperatur betrieben, die die Ruhmstriebe eigentlich doch peinlich empfinden müssen. Mit Rückwirkung vom September 1921 hat Deutschland zu den gemäßigten Besatzbezügen dieser Herren noch monatliche Zulagen zu zahlen zwischen 84.000 M. für jeden Soldaten und 570.000 M. für den General-Präsidenten — so daß z. B. ein verheirateter Reichswehrhaupt mit drei Kindern noch nicht soviel bekommt als ein Polku oder Tommy. Da es sich um 1200 Personen

handelt, verschlingen diese Mammuthalter rund zweidrittel Milliarden Papiermark.

Duisburg, 18. Januar. Wie die „Zf. B.“ meldet, „eruchte“ die französische Ortskommandantur (gen. Major der Garnison Genrich de Font) am 19. Dezember den Oberbürgermeister, nach dem Diskretionsloko einen Weihnachtsbaum schaffen zu lassen und eben dorthin einen Schreiner mit dem nötigen Material und einen Elektriker zu schicken, der die elektrische Beleuchtung des Baumes herzustellen habe: „Zum 22. Dezember abends muß der Baum fix und fertig dastehen.“ — Der französische Ortskommandantur von Duisburg „wünschte“ am 22. Dezember vom Oberbürgermeister neben Wäse, Schlafzimmer- und Küchenausstattung 12 gewöhnliche Weingläser, 12 Weinelweingläser, 12 Bordeauxgläser, 12 Champagnergläser, 12 Vitrogläser mit Flasche, 1 Weinstarke, 6 Feldmesser und 6 Testmesser: „Die Gläser brauche ich ganz besonders für Weihnachten.“ — Ferner ist dem Befehlshaber von der Befehlshaberbehörde eine Rechnung über 881 M. für Christbaumschmuck aller Art mit Requisitionsschein zur Vergleichung vorgelegt worden.

Helfferichs „Schwere Angriffe“.

Die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses sind laut Verfassung vertraulich. Ein Gesetz, das diese Vertraulichkeit schützt und ihren Bruch bestraft, gibt es nicht. Um so mehr sollte es als eine Pflicht der nationalen Anständigkeit gelten, daß die im Reichsinteresse aufgestellte Regel der Vertraulichkeit auch getreulich eingehalten wird. Trotzdem wird sie immer wieder übertreten, und diesmal ist es sogar der besonders „nationale“ „Lokal-Anzeiger“, der sein langes Ohr an die Wand legt und nun folgendes zu berichten weiß:

Die Verhandlungen sind streng vertraulich. Wie wir erfahren, richtete Dr. Helfferich schwere Angriffe gegen die Regierung...

So tüchtig ist nun der „Lokal-Anzeiger“. Die Verhandlungen sind zwar „streng vertraulich“, aber „wir erfahren“ dennoch. Aus dem Dunkel der vertraulichen Verhandlungen taucht die Lichtgestalt Helfferichs auf, man sieht ihn „schwere Angriffe gegen die Regierung“ richten. Ganz fürchterlich muß es gewesen sein, denn „wir erfahren“ weiter:

Man hält es in parlamentarischen Kreisen nicht für ausgeschlossen, daß Reichsminister Dr. Wirth auf diese Angriffe hin das Wort ergreift, um sich und seine Politik zu verteidigen.

Der biedere „Lokal-Anzeiger“-Leser wird danach im Zweifel sein, ob die arme Regierung Wirth überhaupt noch lebt oder ob sie nicht schon den furchtbaren Streichen des deutschnationalen Redeheldens erlegen ist. In Wirklichkeit war jedoch die Sache viel weniger spannend. Denn die meisten Ausschussmitglieder benutzten die Helfferich-Episode, nachdem sie sich einen Teil angehört hatten, zur willkommenen Mittagspause. Zurückgebliebene betrachteten die Fortgegangenen als die Klügeren und versicherten, diese Rede habe an Belanglosigkeit alle Erwartungen übertroffen.

Die Politik der Erfüllung.

Paris, 18. Januar. (W.T.B.) Die Relegationskommission hat heute die Reparationskommission amtslich davon verständigt, daß der Gegenwert von 31 Millionen Goldmark in fremden Devisen bezahlt worden ist.

Sozialistenkonferenz in Genua?

Kopenhagen, 18. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Parteivorsitzende Genosse Stauning forderte in einem Schreiben an Genossen Henderson die englische Arbeiterpartei auf, eine internationale sozialistische Wiederaufbaukonferenz nach Genua einzuberufen.

Parlamentstagszusammentritt in England.

London, 18. Januar. (W.T.B.) Amtslich wird mitgeteilt, daß das Parlament am 7. Februar wieder zusammentreten werde.

Bei der Erfahrung in Tamworth, Warwickshire siegte der Koalitionskandidat mit einer Mehrheit von 8061 Stimmen. Er erhielt 14.732 Stimmen, während auf den Arbeiterkandidaten 6671 Stimmen fielen. (Damit hat Lloyd George einen bedeutenden Erfolg errungen. Wie bei vielen anderen Erfahrungswahlen erwartete man auch in Warwickshire einen erheblichen Stimmgang für den Koalitionskandidaten. Ann. d. Red.)

England und der Garantievertrag.

London, 18. Januar. (W.T.B.) Einer Reuter-Redung zufolge haben heute Lloyd George und Lord Curzon vor dem britischen Kabinett Erklärungen ab über die Verhandlungen in Cannes und über die Unterredungen mit dem neuen französischen Ministerpräsidenten Poincaré. Es werde augenblicklich über die möglichen Grundlagen eines englisch-französischen Vertrages beraten. Unüberwindliche Hindernisse seien nicht vorhanden.

Die Gesundheit der Welt.

Bevor noch die Beratungen in Cannes abgedrochen wurden, hat Lloyd Georges eine Rede gehalten, die große Beachtung gefunden hat und die besondere Beachtung verdient. In dieser Rede findet sich der Satz:

Zusammenfassend könne gesagt werden, daß die allgemeine Gesundheit der Welt wankte, und daß man sich bemühen müsse, sie wiederherzustellen.

Das ist die Diagnose und ein Programm, mit dem sich alle Welt einverstanden erklären sollte.

Seitdem ist der französische Ministerpräsident Briand zurückgetreten. Die Besprechungen von Cannes haben ein jähes Ende gefunden, und an Stelle von Briand ist heute Poincaré Ministerpräsident von Frankreich.

Poincaré ist eine Gestalt von deutlich unrisikoreicher politischer Physiognomie. Er hat vor dem Weltkrieg mit äußerster Energie an der Koalition gegen Deutschland gearbeitet. Er hat während des Krieges den Kampf bis zum äußersten betrieben, und er ist nach dem Kriege der Wortführer jener politischen Partei in Frankreich gewesen, die den Strich um Deutschlands Hals fester und fester anziehen wollte, und die die Auspressung, die Schwächung und die Demütigung Deutschlands womöglich über die Bestimmungen des Friedens von Versailles hinaus als ihr Programm vertritt.

Daß Poincaré ein Mann vor großer Willensstärke ist, kann nicht bezweifelt werden. Daß er eine Politik durchzuführen bereit ist, die unbedenklich auch einen furchtbaren Krieg als Instrument für seine Zwecke benützt, steht fest. Wenn ein solcher Mann führender Politiker Frankreichs wird, dessen Volksvertretung heute chauvinistischen Abenteuerern keineswegs abgeneigt ist, so ergibt sich daraus eine internationale Lage, die zu ernststen, vielleicht sehr ernststen Bedenken Anlaß geben kann.

Und doch darf man nicht sagen, daß die Aussichten völlig düstere sind.

Die organisierte Opposition in der französischen Deputiertenkammer gegen Poincaré ist nicht stark. Die Sozialisten in Frankreich sind nicht einig und auch aus diesem Grunde schwach. Aber es haben sich doch die Verhältnisse der Welt so stark geändert, daß auch eine willensstarke Persönlichkeit wie Poincaré, wenn sie die Absicht hierzu haben sollte — was keineswegs feststeht —, auf sehr starke Hemmungen für eine Politik weiterer Vergewaltigung des Deutschen Reiches stoßen müßte.

Vor dem Kriege von 1914 beunruhigte das Deutschland des Militarismus und der großsprecherischen Unberechenbarkeit stark die Welt. Das republikanische und demokratische Deutschland der Gegenwart erscheint keinem Staate der Welt bedrohlich, und niemand glaubt den französischen Chauvinisten, daß sie ihr Vaterland tatsächlich durch Deutschland, das entwaffnet ist, das eine sehr starke friedliebende sozialdemokratische Bevölkerung hat, bedroht werden können. Und wenn die Sozialdemokratische Partei in Deutschland auch als die stärkste Bürgschaft für eine friedliche auswärtige Politik betrachtet werden kann, so sind doch bei uns gleichfalls die überwiegende Zahl der Demokraten und des Zentrums zweifellos gegen jede Abenteuerpolitik. Daß das entwaffnete Deutschland kriegslüster sei, wird die Welt also nicht glauben, und sie glaubt es nicht. Und die Welt hat auch kein Interesse, daß das fürchtbar geschwächte Deutschland, das sich am Rande des wirtschaftlichen Zusammenbruchs befindet, in den Abgrund völliger Zerrüttung hineingestochen wird. Ueber diese Auffassung, die die öffentliche Meinung überall hegt, wird sich Herr Poincaré nicht täuschen.

Freilich sind Stimmungen in der internationalen Politik zwar sehr beachtlich, aber von Stimmungen zu Taten kann unter Umständen ein recht weiter Weg sein. Und welches Unheil der Chauvinismus inzwischen anzurichten vermag, ist nicht zu ermesen.

Unter diesen Umständen ist zu erwägen, welche Mächte dem französischen Chauvinismus, wenn er zum Schlage ausbrechen wollte, mit realen Kräften in den Arm fallen könnten. Eine solche Umkehr wird wenig Verubigung schaffen. Die englische Bevölkerung wird nicht leicht geneigt sein, sich Frankreich in den Weg zu stellen — auf jede Gefahr hin. So gibt es in dem heutigen Europa überhaupt keine Macht, die ein solches Wagnis übernehmen könnte. Und daß die Vereinigten Staaten nochmals ihre Jugend und ihre jungen Männer über den Atlantischen Ozean schicken würden, ist ganz gewiß ausgeschlossen. Also eine französische Politik rückwärtslosen Draufgängertums würde auf ernstlichen militärischen Widerstand zu rechnen haben. In dieser Tatsache liegt gewiß eine Ermunterung für eine französische Abenteuerpolitik. Und es gibt französische Abenteuer, die zweifellos geneigt sind, solche Wege zu wandeln.

Und doch braucht man die Zukunft Deutschlands und damit Europas keineswegs als verarmt zu betrachten. Die Vereinigten Staaten von Amerika besitzen nämlich ein Mittel, um den französischen Chauvinismus — immer vorausgesetzt, daß er sich betätigen wollte — in Schranken zu halten.

Anzeigenpreis:

Die sechsgipflige Reparaturzeitschrift „Kleine Anzeigen“ hat sechsgipflige Worte 2.— M. (zwei- bis vier- bis sechsgipflige Worte), jedes weitere Wort 1.50 M. Stellensuche und Schlafplatzanzeigen das erste Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 4.— M. Die Preise verstehen sich einschließlich Anzeigenvermittlung.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Schluß von 9 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

Durch den Krieg ist insbesondere Frankreich den Vereinigten Staaten im hohen Grade verschuldet. Und die amerikanischen Politiker wissen, daß diese Schulden, die Frankreich in den Vereinigten Staaten gemacht hat, als ein starkes Druckmittel gegen Paris benutzt werden können. Die Konferenz in Washington hat nun das Empfinden gegen Frankreich wesentlich verschlechtert. Die Abrüstungsvorschläge, die dort von den Vereinigten Staaten und England ausgegangen sind, hat Frankreich wirkungslos zu machen versucht, und damit ist die Stimmung in den Vereinigten Staaten ungünstig gegen Frankreich beeinflusst worden. Heute erscheint einem großen Teil der Bürger in den Vereinigten Staaten die französische Regierung als reaktionären Strömungen durchaus zugänglich. Frankreich erscheint als ein Land, das den Militarismus weiter zu kultivieren geneigt und bereit ist. Und noch bevor Herr Poincaré die ministeriellen Fäden in Frankreich ergriffen hat, sind im Repräsentantenhaus in Washington Resolutionen beantragt worden, die Beachtung verdienen. Es wurde dort rundheraus erklärt:

Das amerikanische Volk ist der Meinung, daß Rüstungen nur dazu dienen, den Krieg herauszufordern, und daß man mit Recht fordere, daß Frankreich seine Rüstung mit französischem und nicht mit amerikanischem Gelde bezahle.

Dieser Hinweis ist von entscheidender Bedeutung. Hier wird betont, daß Frankreich seine Schulden an die Vereinigten Staaten begleichen möge, wenn es nicht geneigt ist, abzurufen. So lautet die Formel, als noch der wesentlich weniger provokatorische Briand an der Spitze des französischen Ministeriums stand. Die Vergangenheit Poincarés wird aber gewiß nicht geeignet sein, die Sympathien der Vereinigten Staaten für ein chauvinistisches Frankreich zu erhöhen.

Es war ein großer Erfolg der Politik von Lord George, daß er noch vor dem Sturze von Briand das Zusammenkommen der internationalen Konferenz von Genoa gesichert hat. In Genoa werden alle europäischen Staaten eine Politik friedlichen Aufbaues, eine Politik scharfer Abkehr von allen kriegerischen Gewaltmaßnahmen ins Leben zu rufen bestrebt sein. Es wäre ein höchstbedauerliches Unternehmen, wenn alsdann Poincaré versuchen wollte, sich diesem Programm entgegenzustellen. Ob er es will, mag bei seiner Vergangenheit dahingestellt bleiben. Daß er es mit Aussicht auf Erfolg kann, ist sehr unwahrscheinlich, und bei einem Manne seiner Klugheit ist daher anzunehmen, daß auch er dem allgemeinen Friedensbedürfnis Europas Rechnung zu tragen schließlich bereit sein wird.

Poincaré an der Spitze Frankreichs bedeutet gewiß nicht eine weitere Friedensgarantie. Aber auch Poincaré gilt als klug genug, um nur das Mögliche zu erstreben. Und wer heute in den Verdacht kommt, die zivilisierte Welt in neue erste politische Verwicklungen hineinzurufen zu wollen, der erschüttert stark seine Stellung. Zu diesen Phantasten wird Poincaré hoffentlich nicht gehören; er wird schließlich gezwungen sein, sich nicht nur mit Worten zum Frieden zu bekennen, sondern auch er wird durch Taten eventuell mitarbeiten müssen an der „Gesundung der Welt“.

Der bayerische Hexenkessel.

Aus München wird uns geschrieben:

Nachdem es der weichen und gewandten Hand des Grafen Lerchenfeld gelungen war, den durch Mahr und Konforten gründlich ramponierten Staatsfarren durch das Labrynth von Hindernissen ohne größeren Krach und Kadavah hindurchzuführen, rühren sich die durch Pöhner und Roth gezügelter rechtsbolschewistischer Sprengtrupp nach einem Vierteljahr der Erschöpfung und unschweifigen Ruhe von neuem. Diese beunruhigenden Anzeichen konnten aber nur an die Öffentlichkeit gelangen, weil die herrschende Regierungspartei, die bayerische Volkspartei mit ihrer Reijahrosantare all diese unruhigen Elemente wieder an die Oberfläche gelockt hatte.

Einer dieser „Reijahrosantare“, der „Staatspräsident“, gibt jetzt bereits Veranlassung zu ernstlichen Konflikten innerhalb der Regierungskoalition. Die D-motoren

wollen nicht mehr mitmachen und das führende Organ der Bayerischen Volkspartei schreibt bereits, daß es keine weitere Möglichkeit eines geistlichen Zusammenarbeitens sehe. Die Folge davon wird natürlich die Verschlebung der Koalition nach rechts, Wiedereintritt der Deutschnationalen in die Regierung und Sammlung aller inner- und außerpolitischen Sprenggasen hinter dem breiten Buckel des kaiserlichen bayerischen Regierungsapparates sein. Die Wirkungen zeigen sich bereits auf dem Gebiet der Justiz und Polizei. Der bayerische Richterverein wagt es in einem offenen Rundschreiben, sein Mißfallen über Verchsafeld und Radbruch öffentlich festzustellen und die Ersetzung Radbruchs durch eine geeignete Persönlichkeit zu verlangen. Die Hege gegen den Genossen Radbruch nimmt übrigens geradezu groteske Formen an. Die Unterchrift Radbruchs unter das Rundschreiben betr. Aufhebung des § 175 gibt hierzu Anlaß. Mit welcher Objektivität die völlig sachlichen Erklärungen Radbruchs über Niederschönenfeld in dieser Atmosphäre der Ignoranz und Engstirnigkeit aufgenommen werden, beweist folgende Münchener Pressenotiz:

„Der Anschlag auf die bayerische Justizhoheit ist demnach noch keineswegs als endgültig abgewehrt zu betrachten. Herr Radbruch möchte schon, wenn er könnte, bayerischerseits wird man daher gut tun, hier auch fürderhin die Augen offen und die Ohren steif zu halten.“

Die wiedererlebende „Schneid“ der Münchener Polizei aber wird äußerlich dadurch zum Ausdruck gebracht, daß die Polizeiorgane in den letzten Tagen unter Nichtachtung des Artikels 115 der Reichsverfassung in Privatwohnungen eindringen — meist in den frühen Morgenstunden —, um dort unter dem Vorwand einer Wohnungskontrolle ihre politischen Zwecke zu verfolgen. Es geht bei allem Verständnis für die wichtigen Aufgaben der Polizei doch nicht an, die bei Verbrecherpeinungen üblichen Kazzia-Methoden ohne weiteres auf die Behauptungen friedlicher Bürger zu übertragen. Aber wie sind ja in Bayern! Mittelalterliche Polizei- und napoleonische Spitzelmethode ist man hier so gewohnt, daß der fromme Bürger, ebenso wie er im Sommer seinen Buckel zur Bearbeitung durch die Pöhnerschen Gummimittel hinhielt, mit derselben Geduld den Wächter des Gesetzes bei nachschlafender Zeit in sein eheliches Schlafzimmer hineintrompetiert. Der Prozeß über den „verkauften Riesbacher“ hat auch zutage gefördert, daß Pöhners Schüler und Nachfolger die Töchter unfreies Genossen Hoffmann in einer Form inquirierten, die jedem mittelalterlichen Herzmisstrau alle Ehre gemacht hätten. Dazu wurden die unbescholtenen Mädchen mit einer inphylitischen Inhaftierten zusammen die ganze Nacht in einem Raum festgehalten.

Die Nichtachtung der Staatsbürgerrechte durch die Behörden zeitigt natürlich Auffassungen über den Verthe innerhalb dieses sonderbaren Staatsgebildes, daß man sich nicht wundern muß, daß auch im Wirtschaftsleben derartige Methoden eintreten. So hat der Arbeitgeberverband der bayerischen Provinzmetallindustrie sich in aller Seelenruhe eine unerhörte Provokation der bayerischen Metallarbeiter geleistet. Diese Herren lassen die Arbeitnehmer ruhig zu einer Besprechung über Tariffragen nach München kommen und erscheinen dann überhaupt nicht! Sie lassen den Arbeitern durch ihren Syndikus mitteilen, sie seien sich schon schuldig geworden, jede Lohn-erhöhung abzulehnen.

Bereit zum Belagerungszustand!

München, 18. Januar. (M.B.) Auf eine Anfrage der Bayerischen Volkspartei, in welcher Weise die Staatsregierung die Lücke wegen der Aufhebung der Reichspräsidentenverordnung durch den Reichstag auszufüllen gedenke, bis das Gesetz zum Schutze der Republik zustande gekommen sei, hat das Ministerium des Innern geantwortet: Bei der Stellung, die der Reichstag sowohl in der Frage der Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes wie in der Frage der Aufhebung der Reichspräsidentenverordnung eingenommen habe, erwachte es die bayerische Regierung als ihre Aufgabe, der Lage nach völlig selbständigem Ermessen gerecht zu werden. Dies geschähe gegenwärtig mit dem Mittel des ordentlichen Rechtes. Die Regierung habe jedoch pflichtgemäß alle Vorbereitungen getroffen, um bei gegebenem Anlaß sofort mit Maßnahmen nach Artikel 48 Absatz 4 der Reichsverfassung eingreifen zu können. Eine nähere Mitteilung hierüber verbiete sich der Natur der Sache nach.

Stilkunst.

Konzert von Kurt Singer

Der Stil, jenes aus allerlei technischen, psychischen und traditionellen Faktoren zusammengesetzte Wesentliche in Kunstwerk und Kunstleistung, bestimmt auch die Wirkung und die Fernkraft der musikalischen Persönlichkeit. Heinz Tieffen hat ein starkes Stilempfinden, einen feinen Sinn für den Atem und die Atmosphäre symphonischer Gebilde. Er ist keiner von den wahllos Musikierenden, von den unpersönlichen Effektieren, von jenen trüben Gästen, die das Goetheische „Stirb und werde“ (dies das Motto seiner Symphonie) als Phrase über die Erde schleifen. Rag auch viel Strauch in dieser II. Symphonie aufblühen, der schneidende Kampftruf und die sanfte Bläsermelodie, das scharfe, bekennenswerte und ebrliche Kontrastieren von Thema zu Thema, die rhythmische Straffheit zeigen ihn als einen Musiker von eigenem Profil. Was im Werk nicht erkennbar wirkt, ist der Aufbau, die fortlaufende Linie nach oben, Erregung und Kampf, Leben und Sterben, Demut und Aufbegehren, vermengen sich, wechseln miteinander, statt in einer einzigen zusammenfassenden Gebärde aufzublähen, abzufallen. So fehlt zwar der Genuß und die Wirkung eines organischen Blocks, aber die Steine sind haltbar und fest. Die Symphonie, deren Entstehung zehn Jahre zurückliegt, wurde von Scherchen unter Opfern an Temperament und unter hervorragender Gestaltung der schweren Partitur gespielt, die wohl im ganzen, nicht aber in der sehr massiven Orchesterführung eine Milderung erfahren hatte.

Chopin hat seinen eigenen Stil in der Musik wie in der Technik. Das Dämmerlicht einer Stimmung, wie sie über seinem Spiel lag, das andeutend nur Anzudeutete, bis schmerzhaft Zielende, der Duft und die Anmut eines nie lauten Anschlags, das weiche und ewig Relative der seelischen Emotion, die polnisch-französische Mischung im Parfum, die elegante Leidenschaft: wer bräute das im Zeitalter der Brahms-Titanen noch zuzewege? Chopin fühlte sich, wie er einmal selber sagte, wie eine Geigen-E-Saite auf einem Kontrabaß. Wie selten läßt ein Virtuose heute diese Feinbefaltung fühlen, wie oft darf Jartes, Gespanntes springen? Chopin sollte man auch nicht auf Bescheinigungen spielen, ein Plehel-Instrument wäre die Wahl seiner eigenen Liebe gewesen. Emil von Sauer ist noch immer ein Meister vom alten Schlag. Er singt auf dem Instrument, träumt mit ihm und läßt die Finger wie in ständigem Glissando Chopin nachtrauern. Ballade, Nocturne, Walzer — in diesen Improvisationen schöpferischer Klangreiche feiert Sauer wahre Triumphe. Dafür bleibt er Schumanns Fis-Moll-Sonate den gegen Philister getrimmten Angriff, den Dämon der Lebenskraft, den d'Albert furios hinterlegt, schuldig. Auch hier ein romantischer Träumer, vom Eusebius-Typ. Die Fis-Moll-Sonate, die Felix Bart über grübelnde Besonnenheit zu virtuosem Schwung-

vollen Ende führt, ist gar nicht mehr romantisch im Klanglichen, höchstens in der Formverachtung. Sonst wirkte der musikalische Eifer und die Spielheftigkeit Beys Chopinsche Saiten zerreißend, so aber bleiben uns seine brillante Technik und das Temperament seines Vortrags in anderen, weniger mimosenhaften Werken lieb und wertvoll.

Rag Jaffé hat sich von der früheren Klasse des Klavierspiels zur Ruhe zurückgefunden, die nicht frei von innerer Erregung sein muß. Seine Darstellung (Präludium, Choral und Fuge von César Franck) ist gesund und stark; sie scheitert nur da, wo das Orgelhafte des Klanges tatsächlich eine Riesenspannung und eine besondere innere Kraft verlangt. Die bleibt zu erhoffen. Eine zarte Hoffnung ist auch Lore Winkler, die Cellistin, früher eine gute Ensemblekraft im Wöllendorff-Quartett. Die technische Gewandtheit und rhythmische Sicherheit werden leider arg beschnitten von einem leb- und farblosen Ton, der auf besserem und besser gestimmtem Instrument größerer Pflege bedarf. In den kleinen Schumann-Stücken sing die Spielerin an, sich auch ein wenig seelisch für ein Werk einzufügen; sie soll lernen, das männliche Instrument mit Gesang, mit fraulicher Anmut und Inbrunst zu leiten.

Der Naturschutzpark der Lüneburger Heide. Das neueste Amtsblatt der Regierung zu Lüneburg enthält mehrere Veröffentlichungen über das Naturschutzgebiet der Lüneburger Heide. Es sind das Polizeiverordnungen des Regierungspräsidenten zu Lüneburg sowie der beiden preussischen Ministerien für Kultus und Landwirtschaft, die alle zusammen genommen nunmehr den Schutz des Gebietes um Wilsede zum Zweck haben.

Die Polizeiverordnungen haben zum Gegenstand den Schutz von Pflanzen und Tierarten, den Schutz der Naturdenkmäler und ihrer Umgebungen, die Führung eines Verzeichnisses der Naturdenkmäler und Ähnliches. Die Eintragung von Naturdenkmälern in das vorgeschriebene Verzeichnis geschieht von Amts wegen oder auf Antrag von Beteiligten. Unter anderen gesehen besonderen Schutz die erraticen Blöde, ferner alle charakteristischen Gebilde der Natur, wie Quellen, Wasserläufe, Bodenerhebungen und -senkungen, Dünen und Gerölle, deren Erhaltung aus Gründen des Natur- und Heimatschutzes im öffentlichen Interesse liegt. Beim Schutz von Pflanzen, Tieren und Naturdenkmälern soll dem Verein Naturschutzpark (Sitz Stuttgart) Gelegenheit zur Äußerung gegeben werden. In Zweifelsfällen sind Sachverständige zu hören.

Weitere Polizeiverordnungen erstrecken sich auf Verhütung von Wald- und Heidebränden, sowie auf die besonders stark umstrittene Frage des Schutzes des Wilseder Gebietes gegen Verunstaltung. Auch in diesen Verordnungen werden die Interessen des Heimatschutzes und der Naturdenkmalspflege in recht erfreulicher Weise betont.

Der Naturschutzpark der Lüneburger Heide hat damit endlich den erforderlichen Schutz gefunden, und so ist zu hoffen, daß das

Niederschönenfeld.

München, 18. Januar. (M.B.) Im Verfassungsausschuß des Landtages wurde der Antrag des unabhängigen Abgeordneten Nietisch auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für Niederschönenfeld mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien abgelehnt. Der Regierungsoberreiter, Ministerialrat Köhlerwein, führte aus, daß die Festungsgefangenen zu Weihnachten Pakete im Gesamtgewicht von über 23 Zentnern, darunter die feinsten Bekleidungsgegenstände, zwischen Weihnachten und Neujahr wurde ein Lumpenball in Niederschönenfeld veranstaltet, wobei die Leute vier Tage lang maskiert umherliefen. Der Redner erklärte zum Schluß, daß es so nicht mehr weiter gehen könne, man habe bis jetzt in der Anstalt eine systematische Ferknüttelungspolitik gegen das Anstaltspersonal getrieben. Es sei zu hoffen, daß endlich Vernunft einkehre, und es scheine auch diese Hoffnung nicht ganz ungerichtet zu sein, nachdem auch von kommunistischer Seite über die Haltung der Gefangenen ein abfälliges Urteil ausgesprochen worden sei.

Die deutsche Währung in Oberschlesien.

Oppeln, 18. Januar. (M.B.) Die Frage der Beibehaltung der deutschen Währung in dem an Polen abgetretenen ober-schlesischen Gebiet führte zwischen den Polen und der deutschen Reichsbank zu ausgedehnten Besprechungen. Die Polen glaubten aus der in der Genfer Entscheidung getroffenen Bestimmung, die deutsche Mark in Oberschlesien als gesetzliches Zahlungsmittel beizubehalten, einen Anspruch darauf herleiten zu können, daß die Reichsbank ihre in Kattowitz befindliche Filiale bestehen lassen müsse. Die polnischen Forderungen gingen sogar noch weiter; man verlangte nämlich, daß die Kattowitzer Reichsbankfiliale mit einer von den Polen in Oberschlesien zu errichtenden Bank in Giroverkehr treten müsse und daß der Kattowitzer Reichsbankfiliale ein polnischer Kontrollbeamter beizugeben wäre. Nach Auffassung der Reichsbank soll indessen die Aufrechterhaltung der deutschen Währung in Oberschlesien nicht durch eine Reichsbankfiliale, sondern durch die Filialen der Deutschen Bank in Kattowitz und in Rybnik, die die Beschaffung der benötigten Zahlungsmittel zu übernehmen hätten, gewährleistet werden. Dieser Auffassung haben sich nun die polnischen Unterhändler nach langem Widerstreben gefügt. Die Verhandlungen mit den deutschen Banken stehen unmittelbar vor dem Abschluß.

Die „Gazeta Dziennik Odonka“ behauptet in der Nummer vom 8. Januar, daß die Deutschen im Weichselgebiet diejenigen polnischen Gutsbesitzer auszuweisen beginnen, die über 3000 Morgen besitzen. Auf diesen Gütern sollen deutsche Kolonisten zur Verbreitung und Kräftigung des Deutschtums angesiedelt werden.“ Auf Grund der an zuständigen Stellen eingezogenen Erkundigungen ist, wie die Pressestelle des Oberpräsidenten Königsberg mitteilt, festgestellt worden, daß von den deutschen Behörden derartige Ausweisungen polnischer Gutsbesitzer nicht erfolgt sind. Im übrigen kann man diese Tendenzmeldung des Danziger Volensblattes getrost zu ihren übrigen Lügenmeldungen legen. Wollte man alle Falschmeldungen des Organs berichten, dann müßte man eine besondere Zeitung dafür gründen.

Die Schule von morgen. In seiner programmatischen Schrift „Die Schule der werdenden Gesellschaft“ (Dieh Nach- und Buchhandlung Vorwärts, Berlin) charakterisiert Oberstudiendirektor Dr. Fritz Karsten die seelenlose, dem ehelichen Materialismus verfallene Gesellschaft. Diese in Klassen gepaltene Gesellschaft schuf die Schule nach ihrem Ebenbild, „die Klassenschule“. Die Volksschule für Proletarier, die höhere Schule für die führenden, das Volk beherrschenden und ausbeutenden Oberschichten. Die lebendige Gesellschaft erzeugt die neue Schule: die Gemeinschaftsschule. Im Aufbau der neuen Schule treten drei neue Stufen heraus: „Sich wandelnde Spielgruppen innerhalb einer größeren Menge — Kindergarten, enent davor schon Kindertruppe, bis ungefähr zum vollendeten siebenten Jahr —, dann Arbeitsgemeinschaften der arbeitsteiligen Gesamtheit, einheitliche Schule für alle bis ungefähr zum zwölften bis vierzehnten Jahr —, zuletzt mit dem Hervortreten besonders starker, im Rahmen des Allgemeinunterrichts nicht mehr zu befriedigender Begabungen Fortgemeinschaften in steigender Mannigfaltigkeit in praktischen und theoretischen Fächern jeder Art, äußerer Zurücktreten und zunehmende Vertiefung der Lebens- und Erlebnisgemeinschaft — etwa bis zum achtzehnten und neunzehnten Lebensjahr.“

Gebiet um den Wilseder Berg herum in seiner reinen Naturgestalt erhalten bleibe.

Frau Curies Kampf um einen Akademiestuhl. Wenn einer, so hat gewiß die Entdeckerin des Radiums, Frau Curie, ein Anrecht auf die Mitgliedschaft der französischen Akademie der Medizin; aber weil sie eine Frau ist und eine solche noch niemals in diesen Kreis aufgenommen wurde, erhebt sich ein lebhafter Protest gegen ihre Wahl. „Was würden künftige Generationen dazu sagen, wenn Frau Curie die Aufnahme verweigert würde“, erklärte Dr. Calmette vom Pasteur-Institut. „Was diese Frau allein für die Heilung des Krebses getan hat, genügt, um ihren Namen für die Ewigkeit in der Geschichte der Medizin zu erhalten.“ Man hofft, daß die äußerlichen Bedenken, die gegen die Aufnahme einer Frau bestehen, beseitigt werden können und daß die Akademie der Medizin sich selbst ehrt, indem sie Frau Curie aufnimmt.

Die Insel Ceylon wurde in der Reihe der Gelehrtenvorträge in der Urania von Herrn F. Rehneit aus Gießen behandelt. Er hat sie als Botaniker bereist und konnte so ein feines und durch reiches Bildmaterial veranschaulichtes Bild von der Landschaft, ihrer Bevölkerung, ihren Sitten und ihrer Geschichte geben. Vorzüglich aber verstand er die Tropenpracht ihrer Urwälder und die mannigfaltig angebauten Kuppelungen zu schildern. Das undurchdringliche Dickicht der Baumwälder mit ihren hohen Palmen und den alles überpinnenden Edklingpflanzen, die Trockenflora des nördlichen Wüstengebietes, die Farbenpracht der Blüten prägte sich ein. Aber der Urwald wird ausgebrannt, um der Kultur der Kolonialpflanzen, des Tees, des Kaffees, des Reis, des Pfefferes und Gummis Raum zu schaffen. Und schon haben sich daraus Uebelstände ergeben, die nach Schutzmaßnahmen drängen, wie auch die etwa 50 000 wilden Elefanten geschützt werden müssen. Die ungeheuerliche Fruchtbarkeit der Tropen wurde recht lebendig: der 30 bis 35 Meter hoch werdende Riesenbambus wächst so rasch, daß man nach Stunden den darauf gesetzten Hut nicht mehr erreichen kann. Versallen Pflanzungen, so verschlingt der Junke (das Urwaldschiff) binnen kurzem alles und läßt keinen neuen Wold wieder aufkommen. Bearbeitet werden die Plantagen von indischen Kulis, die vor dem Reize 35 Pf. für die 10 stündige Arbeitszeit erhielten. Die Tropenwelt hat ihren Bemutterer nicht blind gemacht, bei all ihrer Erhabenheit und Schönheit hat Herr Rehneit die Viehe zum deutschen Wold nicht verloren. Er schloß mit der Wohnnahe, den Zusammenhang mit der Natur, den die Bevölkerung Ceylons im Kindheitsstadium erhalten hat, im Großstadtgetriebe nicht zu verlieren.

Am Anhaltwerbermuseum beginnt Freitag 8 Uhr abends die Vorträge von Professor D. Reute über den neugebildeten Wildbrud. Karten in der Bibliothek.

Veter Behrend nach Wien berufen. Die deutsch-österreichische Regierung hat den Wiener Architekten Veter Behrend mit der Leitung einer Wiener Schule für Architektur an der Akademie der bildenden Künste in Wien betraut.

Die italienische Republik wird nach dem vorläufigen Abschluß der Verfassungsverhandlungen einschließlich der neuen Provinzen rund 20 1/2 Millionen. Das endgültige Ergebnis wird erst im Juli feststehen.

Die Groß-Hamburg-Frage.

Nachstehend geben wir eine Zuschrift aus parteigenösslichen Kreisen Hamburgs über die Groß-Hamburg-Frage wieder.

Es handelt sich, wie die preußische Denkschrift ganz richtig ausführt, um die Frage einer zweckmäßigsten Organisation der gewaltigen Wirtschaftskraft- und Siedlungsgebiete an der Unterelbe. Dadurch, daß der Hamburger Hafen an vielen Strecken seetiefes Wasser besitzt, Strecken also, an denen die größten Schiffe noch laden und löschen können, ist heute die Möglichkeit geschaffen, daß diese Landungsplätze in direkte Verbindung mit dem Eisenbahnverkehr und mit Industrieanlagen gebracht werden können, wodurch ganz erhebliche Kosten, die sonst durch Umladungen entstehen würden, gespart werden können. Schon seit Kriegsende ist die Nachfrage nach solchen Plätzen von Seiten der deutschen Industrie aber so stark, daß Hamburg über sein gesamtes Staatsgebiet nahezu restlos verfügt hat, um so mehr, als ja noch dem Versailles Friedenstakt auch der Tschchoslowakei beträchtliche Teile des Hafens eingeräumt werden mußten. Infolgedessen drängt sich die Erweiterung des Hamburger Hafens auf bisher preußisches Gebiet als unabwendbare Notwendigkeit auf. Würde dabei nun das Interesse der gesamten deutschen Volkswirtschaft, das hier in Frage steht, vorangestellt, so käme als einzige Lösung in Betracht ein unter einheitlichem Landrecht gestelltes einheitliches Hafengebiet, das die hier gegebenen günstigen natürlichen Verhältnisse auf das rationellste ausnützt.

Das Prinzip der Arbeitsteilung, das unsere Technik beherrscht, läßt sich in dem Stromteilerungsgebiet zwischen Altona, Hamburg, Harburg und Wilhelmshagen in geradezu musterhafter Weise durchführen. Denn während in seiner heutigen Gestalt der Hamburger Hafen — infolge der unnatürlichen Grenzführung — tatsächlich verkrüppelt ist, könnte er dann in vollendeter Planmäßigkeit und Ubersichtlichkeit entstehen. Man hat insbesondere auch auf die aus sozialen Gründen dringende wünschenswerte Lösung des Arbeiterwohnungsproblems hingewiesen, die sich auf die einfachste und vernünftigste Weise ergeben würde, wenn in unmittelbarer Nähe des Hafens, auf dem trockenen Teil der Eilands und auf den hochgelegenen Ufern der beiden Elbarme für Tausende von Arbeitern gesunde Wohnstätten geschaffen werden könnten, die heute in den ungesundesten und überfülltesten Stadtteilen Hamburgs und Altonas zusammengepfercht sind. Aus der heutigen Wohnungsnot der Groß-Hamburger Arbeiterbevölkerung ist daher auch in neuerer Zeit hauptsächlich das Drängen nach baldiger Lösung der Groß-Hamburg-Frage mit entstanden. Darum ist es nun aber auch nicht richtig, wenn die preußische Regierung in ihrer Denkschrift den Eindruck zu erwecken sucht, als ob die Wünsche der Befürworter des Groß-Hamburg-Planes viel zu weit gingen, und als ob durch Zweckverbände ohne Wenderung der Landesgrenze ebenso gut eine befriedigende Lösung zu erzielen wäre.

Die Haltung Preußens.

Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, beabsichtigt die preußische Regierung keineswegs, den Forderungen Hamburgs auf Erweiterung seines Gebiets einen engherzig-partikularen Standpunkt entgegenzusetzen. Dagegen etwa, daß kein Quadratmeter preußischen Bodens an Hamburg abgegeben werden dürfe, kann nicht im entferntesten die Rede sein. Die preußische Regierung ist durchaus gewillt, mit der Hamburger Regierung über diese Frage zu verhandeln und wird ihrer Stellungnahme in erster Linie das gesamt-deutsche Interesse an der Frage zugrunde legen, die Bedeutung des Hamburger Hafens und Handels für das ganze deutsche Volk.

Ob diese Gesichtspunkte allerdings die sehr weitgehenden Hamburger Gebietsforderungen, die eine Vergrößerung des Hamburger Gebiets um 188 Prozent des jetzigen Umfangs zum Gegenstand haben, im vollen Umfange rechtfertigen, ist eine Frage, die ebenso geprüft werden muß, wie die Eignetheit der von Hamburg verlangten Bevölkerungsteile, im Hamburgischen Staate aufzugehen. Während in Altona und Wandsbek die Stimmung der Bevölkerung einer Einverleibung nach Hamburg nicht abgeneigt ist, widersetzt sich Harburg, das um die Erziehung seines eigenen Hafens fürchtet, dieser Einverleibung ganz entschieden. Auch finanzielle und verwaltungsorganisatorische Gesichtspunkte aller Art kommen in Betracht. Ferner ist in gewissem Umfang auch ein Gebietsaustausch möglich. Preußen wird alle diese Fragen mit dem Ziel einer freundschaftlichen Verständigung prüfen.

Der Hamburgische Senat und die Groß-Hamburg-Frage

Von einem parteigenössischen Mitglied des Hamburgischen Senats werden dem Hamburger Vertreter des „Soz. Parlamentarierbundes“ folgende Angaben gemacht: Es liegt Hamburg durchaus fern, irgendwelche Annexionspolitik für das Land Hamburg zu betreiben. Alles, was seitens der Hamburgischen Regierung in der Frage Groß-Hamburg getan wird, zielt lediglich darauf ab, im Interesse Deutschlands das Lebensnotwendige für den deutschen Welthafen Hamburg herauszuholen. Dazu gehört zunächst unumgängliche Gebietsveränderungen, da der Hamburger Hafen keinen Platz mehr hat, um seiner Bestimmung als deutscher Welthafen zu genügen, die Industrie in ihrer Ausbreitung gehindert ist und auch die Möglichkeit nicht besteht, dringend notwendige Arbeiterwohnstätten zu schaffen. Hamburg achtet bei seinen Bestrebungen lediglich von der Absicht aus, dem Wiederaufbau Deutschlands zu dienen.

Die Beamtenräte.

In fortgeschrittener Beratung des Gesetzes über die Beamtenverordnungen hat der zuständige Reichsausschuß einen Antrag Steinlopi (Soz.) auf die Einführung der einjährigen Wahlperiode abgelehnt; angenommen wurde ein hiernach abgeänderter Antrag Steinlopi (Soz.), wonach die Mitglieder der Beamtenräte von den Beamten in unmittelbarer und allgemeiner Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl auf die Dauer von zwei Jahren gewählt werden. Der zweite Absatz des § 5, der bestimmt, daß die Wahl nur aus wichtigen Gründen abgelehnt werden darf, wurde angenommen; hinzugefügt wurde gemäß einem Antrage der Demokraten die Bestimmung, daß über die Wahlablehnung der Wahlvorstand entscheidet, und daß das weitere Verfahren sich nach § 17 regelt. Schließlich wurde im letzten Absatz bestimmt, daß nach Ablauf der Wahlzeit die Mitglieder der alten Beamtenräte solange im Amt bleiben, bis der neue Beamtenrat gebildet ist.

Ein Reichsrahmengesetz für die Schuppelzollbestimmungen eine Bestimmung, die im Reichsministerium des Innern zwischen den Vertretern aller Länder stattgefunden hat. Das Gesetz soll in erster Linie die rechtliche und wirtschaftliche Stellung der Schuppelzollbeamten regeln. Es soll Richtlinien für die Verordnung und Unterbringung der Beamten nach Ablauf der Dienstzeit geben, um die Möglichkeit zu schaffen, Beamte, die Versorgungsansprüche haben, auch in anderen Ländern unterzubringen, falls in einzelnen Ländern eine schnelle Unterbringungsmöglichkeit nicht besteht.

Verlegung der Verhandlung gegen Smeets. Die auf den 18. d. M. angelegte Verhandlung gegen den rheinischen Sonder-Bündler Smeets wegen Verleumdung des Redakteurs Pöhl von der „Münchener Zeitung“ in Köln mußte auf unbestimmte Zeit verschoben werden, weil der Vertreter des Smeets, ein kommunistischer Rechtsanwalt, die Vernehmung des Reichstagsabgeordneten Börgel beantragte. Börgel wird als Hauptzeuge des Smeets angesehen, gegen den Kläger verhandelt werden.

Vorbereitungen gegen das Ruhrgebiet?

Die Pariser „Internationale“ erklärt, wie C. E. meldet, daß der Arbeitsminister Le Troquer in Gemeinschaft mit Poincaré die Besetzung des Ruhrgebiets vorbereite. Das syndikalistische Blatt glaubt, diese Vorbereitungen in einem Aufsatze an das französische Eisenbahnpersonal feststellen zu können, in dem gesagt wird, daß diejenigen Beamten und Arbeiter, die in die 50. Abteilung der Feldbahn eintraten wollen, über die Gehälter und Löhne bis zum 16. Januar d. J. Auskunft erhalten könnten. Diese 50. Abteilung der Feldbahn operiert in den Rheinlanden. Die Vorteile, die den Eisenbahnern geboten werden, wenn sie sich für eine einhalbjährige Dienstzeit verpflichten, bestehen in einer Löhnung von 13 Franc pro Tag, freier Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Kleidung. Die Eisenbahner werden mit ihren Familien in das Rheinland befördert und nach Ablauf der anderthalbjährigen Dienstzeit wiederum auf Staatskosten nach Hause geschickt. Das Blatt erklärt ferner, daß Arbeiter, die sich irgendeine Verfehlung zuschulden kommen lassen und denen Entlassung droht, dieser entgehen können, wenn sie sich zu einem Engagement in den Rheinlanden verpflichten. Es sollen zunächst Eisenbahner in großer Zahl in das Rheinland geschickt werden, um wenn nötig hier einen Streik der deutschen Eisenbahner zu brechen und sodann die Truppenbeförderung nach dem Ruhrgebiet in die Wege zu leiten.

Die Verantwortung für diese Nachricht müssen wir der „Internationale“ oder, wenn sie sich bestätigen sollte, Poincaré überlassen.

Die Einladung an Sowjetrußland.

Das Einladungstelegramm zur Konferenz in Genua, das der italienische Ministerpräsident Bonomi an den Volkskommissar für Aussenwesens gerichtet hat, ist im Namen des Obersten Rates abgefaßt und hat zur Anlage eine Abschrift des Beschlusses des Obersten Rates vom 6. Januar. Bonomi nimmt Bezug auf Tschitscherins Antwort auf die an Venin gerichtete Einladung und ersucht die Sowjetregierung, eine Delegation nach Genua zu entsenden und die Namen der Delegierten rechtzeitig mitzuteilen. Das Telegramm schließt, wie wir einer O.E.-Meldung entnehmen, mit folgenden Worten: „In der Zuvorsicht, daß Sie die ganze Wichtigkeit der Bedingungen erkennen, die der Oberste Rat für ein erfolgreiches Zusammenarbeiten der Entente mit der russischen Regierung im Interesse der Wiederherstellung Europas für notwendig erklärt, nimmt der Oberste Rat mit Genugtuung zur Kenntnis, daß Sie die Absicht haben, Delegierte mit weitgehenden Vollmachten zu entsenden, die berechtigt wären, verantwortliche Beschlüsse zu fassen.“

Unter der Ueberschrift „Was sagen die Arbeiter und Bauern der R. S. F. S. R. dazu?“ veröffentlicht die Moskauer „Pravda“ einen Brief des Rotarmisten Petrow, worin es u. a. heißt: Die Einladung Venins zu einer internationalen Konferenz bedeutet natürlich einen Fortschritt für unser Ansehen. Können uns aber die Diplomaten die Sicherheit für Leben und Gesundheit unseres teuren Witsch (Venin) garantieren? Es fragt sich, ob sie imstande sind, den Haß der aus Rußland verjagten Emigranten zu zähmen, die mit den Feinden der Sowjetrepublik Hand in Hand arbeiten. Nein! Sie können für seine Sicherheit nicht garantieren. Deshalb, Genossen, habt Acht auf den Altan und laßt ihn nicht hinaus!

Kraffin erklärte in einer Unterredung mit dem politischen Berichterstatler des „Manchester Guardian“, es sei unmöglich, der zunehmenden Verheerung Europas und dem Niedergang der Länder ein Ende zu bereiten, solange die herrschenden Länder sich nur von ihren eigenen Tagesinteressen leiten lassen. Der Versailler Vertrag müsse abgeändert werden, nicht nur im eigenen Interesse der Sieger, sondern auch der Besiegten. Der Vernichtung des Wirtschaftslebens Deutschlands und der Zerstörung seiner Erzeugungsfähigkeit mittels einer beispiellosen Entschädigung und infolge der vom Standpunkt der Produktion sinnlosen Zerstückelung Deutschlands müsse ein Ende gemacht werden. Kraffin fügte hinzu, ohne die Wiederherstellung Rußlands gehe es keinen Weg aus der europäischen Krise heraus.

Zum Volkskommissar für Landwirtschaft ist Jakowenko ernannt worden. Er ist erst 34 Jahre alt und seiner Herkunft nach Bauer aus dem sibirischen Gouvernement Jenissei. Er hat nie die Schule besucht, sondern seine Bildung selbst erworben und war noch vor kurzem als Bauer in seinem Dorfe tätig. Der bisherige Volkskommissar für Landwirtschaft Ossinski (ein Mann aus dem höchsten Adel Jarenrußlands) ist zum Rücktritt veranlaßt worden, weil er auf dem Kältekongreß entschieden für Aufhebung des Außenhandelsmonopols eingetreten war.

In diesen Tagen tritt in Smirnowopol, der Hauptstadt der autonomen Sowjetrepublik Krim, die erste Deutsche Parteilose Bauernkonferenz der Krim zusammen. Auf der Tagesordnung stehen Fragen der Landwirtschaft, des Bildungswesens, der Hungerhilfe in den deutschen Kolonien. Als Delegierte können gewählt werden, alle Bürger mit Ausnahme von früheren Gutsbesitzern, Großmühlenbesitzern, Fabrikanten, Kaufleuten, Großbauern, die über 100 Desjatinen (etwa 400 Morgen) besaßen, und anderen Ausbeutern“.

Amerikanische Justiz.

London, 18. Januar. (Antel.) Ein gegenwärtig in New York zum Abschluß gelangter Prozeß bringt die Vorgänge im Mai 1920 in Colorado neuerdings in Erinnerung. Damals hatte das Detektivbureau Waldwin Feets während des Bergarbeiterstreiks die streikenden Arbeiter aus ihren Wohnungen zu vertreiben gesucht. Es entspann sich ein Kampf, in dem die Gemeindebehörden auf Seite der Streikenden standen. Bei den blutigen Zusammenstößen wurden 7 Agenten getötet, darunter die beiden Brüder Feets, der Bürgermeister und drei andere Bürger der Stadt. Um den Tod der Firmeninhaber zu rächen, erhoben die Detektive gegen einige Arbeiter die Anklage wegen Mordes. Als die angeklagten Arbeiter das Gerichtsgebäude betraten, wurden sie von den Detektiven erschossen. Nunmehr fand eine Verhandlung gegen diese Detektive statt, doch wurden diese von der Anklage des Mordes freigesprochen.

Bezeichnend ist folgende Statistik. Die Nationale Vereinigung zur Hedung der Farblagen in New York teilt mit, daß im Jahre 1921 63 Personen getötet wurden, darunter wurden 4 lebendig und 5 nach ihrer Erschlagung verbrannt. Im Jahre 1920 betrug die Gesamtzahl der Tötungsfälle ungefähr ebensoviel, nämlich 65. Zwei Opfer waren Frauen, und sechs männliche Opfer gehörten der weißen Rasse an. Die Staaten Georgia und Mississippi haben die Führung in dieser Statistik mit je 13 Fällen. In dem vergangenen Jahr ereigneten sich ähnliche Tötungsfälle in den südlichen Staaten, in denen bekanntlich die farbige Bevölkerung besonders zahlreich ist. In 10 Fällen wurden als Grund der Anklage Vergewaltigungsvorfälle an weißen Frauen angegeben.

Wirtschaft

Handelskammern und Bezirkswirtschaftsräte.

Auf der gestrigen Tagung des „Deutschen Industrie- und Handelstages“, der Spitzenvereinigung der deutschen Handelskammern, kam auch die Frage der Bezirkswirtschaftsräte zur Sprache, über die das Präsidialmitglied Dr. Brandt referierte. Etwa zu gleicher Zeit sind die Beratungen im Verfassungsausschuß des Reichswirtschaftsrates im Gange, der für den Aufbau der Bezirkswirtschaftsräte die Vorarbeit leistet. Bekanntlich stehen in dieser Frage zwei Auffassungen einander gegenüber. Die Unternehmer und mit ihnen die Handelskammern wollen die Handelskammern ebenso wie die Handwerks- und Landwirtschaftskammern als solche bestehen lassen und lediglich in paritätischen Ausschüssen mit den Arbeitervertretern zusammenarbeiten. Die Arbeitnehmer dagegen verlangen die gleichberechtigte Mitwirkung in Bezirkswirtschaftsräten, deren organische Bestandteile die bestehenden, aber paritätisch ausgestalteten Unternehmervertretungen sein sollen. Dr. Brandt sprach sich für die erstere Auffassung aus. Er begründete sie u. a. damit, daß die wirtschaftliche Interessensvertretung bestimmter Gebietsteile lückenlos nur in den Handelskammern möglich sei. Die Arbeiter hätten ihre unparteiliche Interessensvertretung und würden so nur eine zweite Vertretung erhalten.

In der Resolution, die daraufhin angenommen wurde, tritt derselbe Standpunkt hervor. Sie lautet in diesem Punkte:

„An der Besetzung gesetzlicher Wirtschaftsräte aus dem Unternehmerkreis sind die gesetzlichen Berufsvertretungen angemessen zu beteiligen. Die Handelskammern sind von der Notwendigkeit berufständiger Gemeinschaftsarbeit für die Unternehmer, Angestellten und Arbeiter des von ihnen vertretenen Berufskreises überzeugt.“

Diese Gemeinschaftsarbeit soll unter Wahrung der Selbständigkeit der Handelskammern in der bisherigen Form zwischen den Berufsvertretungen der Unternehmer und der Arbeiter- und Angestelltenvertretungen in Handel, Industrie und Verkehr durch ständige paritätische Ausschüsse beider Körperschaftsgruppen erfolgen, deren Organisation und Arbeitsprogramm im einzelnen noch festzulegen ist.“

Die Stellungnahme der Handelskammern ist erklärlich — niemand sagt gern den Akt ab, auf dem er sitzt —, aber darum u. E. nicht weniger unberechtigt. Zweck der Bezirkswirtschaftsräte soll die Zusammenfassung der Wirtschaftskräfte eines Bezirkes sein. Dazu ist aber erforderlich, daß die Arbeitnehmerinteressen nicht weniger als die Unternehmerinteressen in diesen Körpern zur Geltung kommen. Es genügt durchaus nicht, wenn getrennte Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen zu gelegentlicher Zusammenarbeit zusammenkommen. Notwendig ist, nachdem die Wirtschaftsdemokratie im Betrieb als grundsätzlich anerkannt gelten kann, daß nun auch der ganze Apparat der regionalen Wirtschaftsvertretungen darauf eingestellt wird, innerhalb der Bezirke die Gegensätze so weit als möglich auszugleichen, ehe die gleichen Fragen an die übergeordneten zentralen Körperschaften weitergegeben werden. Wenn heute die Handelskammern oft als Fremdkörper im Verwaltungsapparat empfunden werden, so hat das seine guten Gründe eben darin, daß sie in allen ihren Rundebungen über die gesamtwirtschaftlichen Interessen hinweg den reinen Unternehmerstandpunkt vertreten, ohne auch nur den Versuch zu machen, sich im Rahmen ihres Wirkungskreises mit den Arbeitnehmerinteressen irgendwie auseinanderzusetzen. Arbeiter haben eine gleichartige Interessensvertretung, die noch dazu behördlichen Charakter trägt, nicht. Wollen sie ihre wirtschaftlichen Interessen zur Geltung bringen, so sind sie dazu auf ihre privaten Organisationen, die Gewerkschaften, oder auf ihre politische Vertretung angewiesen. Die Unternehmer hingegen, die außer ihren Fachverbänden einen großen Teil der Presse und einen großen parlamentarischen Einfluß haben, besitzen heute in den Handelskammern staatlich anerkannte Interessensvertretungen, die, wie die gestrige Rundebung zeigt, sich möglichst unberührt in die neue Wirtschaftsverfassung hinüberretten und so auf Beschneidung und Vermaltung einen einseitigen Einfluß geltend machen möchten.

Wie besagen und einseitig die Handelskammern die Unternehmerinteressen wahrnehmen, zeigt eine Resolution, die zu den Tarifserhöhungen der Post angenommen wurde und die mit den Worten beginnt:

„Die neue enorme Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeldern bedeutet eine schwer erträgliche Belastung des Gewerbetreibenden und hat eine außerordentlich nachteilige Wirkung auf den geschäftlichen Verkehr ausgeübt.“

„Enorme Erhöhung“ nennt eine Körperschaft die Erhöhung der Tarife auf das Zwanzigfache des Friedensstandes, die in ihrem ganzen Wirkungsbereich kaum einen einzigen Artikel auszuweisen vermag, der nicht längst diesen Preisstand überschritten hätte! „Enorme Erhöhung“ ist es, wenn die Post das tut, was jedes Mitglied der Handelskammer seit Jahr und Tag macht, ohne deswegen vom Industrie- und Handelstag zur Ordnung gerufen zu werden, nämlich die Preise mindestens den Selbstkosten anpaßt. Das ist doch eine einer zentralen Körperschaft von Sachverständigen unwürdige Darstellung. Sie zeigt doppelt eindringlich, daß die Handelskammern eine Neuorientierung dringend nötig haben, daß sie viel stärker sich den Interessen der Allgemeinheit einordnen müssen. Dazu ist eine enge Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmervertretern eine wichtige Vorstufe. An Industrie- und Handelsvertretungen, die bewußt nur die Wahrnehmung privater Interessen im Auge haben, ist auch außerhalb der Handelskammern wirklich kein Mangel.

Engelhardt-Beaurel u. Co. in Berlin. Das Unternehmen, das in letzter Zeit größere Angliederungen vorgenommen und seinen Betrieb auf eine ganze Reihe auf verschiedene Orte Deutschlands verteilte, hat sich vergrößert, hat, erzielte bei einem Aktienkapital von 18 Millionen Mark einen Rohgewinn von 12,1 Millionen Mark, mooson an Betriebs- und Vertriebskosten allein 103,79 Millionen Mark abgeben, dazu 9 Millionen Mark an Steuern und 3,2 Millionen Mark an Abschreibungen, so daß nach allen Abzügen ein Reingewinn von 4 Millionen Mark ausgeworfen wird. Daraus werden auf das Stammkapital 18 Proz. Dividende verteilt. Die Gesellschaft verzeichnet im Geschäftsbericht eine befriedigende Entwicklung des Gewerbes. Sie begründet ihre Ausdehnungsbestrebungen mit dem Hinweis, daß die Braundustrie auch heute noch ihre Produkte mit Hilfe eines Vertriebsapparates absetzt, der bei den geringen Kosten einen großen Teil des erzielten Gewinnes absorbiert. Eine mittlere Besserung der Verhältnisse in der Braundustrie wird erst dann erfolgen können, wenn sich das Gewerbe zu einer gemeinschaftlichen Minderung der Vertriebskosten und Ausschaltung derjenigen übertriebenen Unkosten, die sich aus dem Wettbewerb ergeben, zusammenschließt.“

Vor Aufhebung eines Einfuhrverbots deutscher Waren. Die Boesmanns Telegrafisches Bureau von australischer Seite aus Sidney erklärt, wird dort offiziell angekündigt, daß das Einfuhrverbot für Waren deutscher Herkunft in Australien vom 1. August d. J. ab aufgehoben wird.

Gewerkschaftsbewegung

Arbeitskammernehmer in Sachsen geplant.

Den Berufsverbänden der Arbeitnehmer im Freistaat Sachsen ist der Referentenentwurf eines Gesetzes über eine Arbeitnehmerkammer in Sachsen zur Begünstigung zugestimmt worden. Der Entwurf nimmt in Aussicht, für den Freistaat Sachsen eine Arbeitnehmerkammer mit dem Sitz in Dresden zu errichten, die dem Arbeitsministerium untersteht und Rechtsfähigkeit besitzen soll. Die Kammer soll auf alles, was den Arbeitnehmern wirtschaftlich oder kulturell dienlich sein kann, ihr Augenmerk richten, darüber beraten und dem Arbeitsministerium gutachtlich berichten. Ferner soll sie die ihr zur Förderung ihrer Aufgaben angemessenen erscheinenden Maßnahmen bei den zuständigen Behörden beantragen können. Die Zahl der Mitglieder soll 280 betragen. Sie sollen von dem im Freistaat Sachsen vereinsmäßig organisierten Vereinigungen von Arbeitern und Angestellten nach dem Verhältnis der Zahl ihrer Mitglieder auf drei Jahre ernannt werden. Die Organisationen, die die Vertreter wählen, sollen auch in der Hauptsache die aus der Richtung und Tätigkeit der Kammer entstehenden Kosten nach dem Verhältnis ihrer Mitgliederzahl tragen. Es handelt sich vorerst noch um einen vorläufigen Referentenentwurf, der aber voraussichtlich bald den sächsischen Landtag beschäftigen wird.

Das 10-Prozent-System im Gastwirtsgerwerbe.

Sonderbare Willen zeigt der Schiedspruch vom 5. November im Gastwirtsgerwerbe, und die Befürchtungen der Arbeitnehmer bestätigen sich vollumfänglich. Die Arbeitnehmer haben nämlich behauptet, daß die Arbeitgeber es wunderbar verstehen werden, sich halb Vorteile aus diesem Prozentensystem zu verschaffen. Für heute wollen wir uns auf einige Stichproben beschränken.

Wir stellen fest, daß im Kabarett Grill, Jägerstr. 11, die dort arbeitenden Kellner des Abends von den einkassierten 10 Prozent an den Unternehmer abgeben müssen. Der Schiedspruch sagt: „Die Ausschläge sind des Abends an den Unternehmer abzuliefern und am Monatschluß gleichmäßig unter die Kellner zu verteilen.“

Im Palais de Danse, Inh. Wegner, erhalten die Kellner nur noch 8 Prozent vom Umsatz. Was mit den übrigen 2 Prozent geschieht, werden wir in nächster Zeit der Öffentlichkeit unterbreiten. Im Union-Palast (Rudolfsplatz) sind die Kommis, die durch Vereinbarung von dem Unternehmer mit 1800 M. zu bezahlen sind, abgekauft, um sie von dem 10-Prozent-System zu befreien und somit die Gehälter für die Kommis reiflos in die Tasche des Unternehmers stecken zu lassen. In Willys Weinstuben liegt es ähnlich. In Mascotti wird der Küchenchef und der Geschäftsführer zum Teil aus den den Kellnern zustehenden Prozenten bezahlt.

Hier sowie in den vorhergehenden Fällen ist deutlich festzustellen, daß die Unternehmer nicht gewillt sind, den Schiedspruch des Arbeitsministeriums zu erfüllen.

Die Organisation wird nach Bekanntwerden dieser Fälle sofort mit den Arbeitgebern in Verbindung treten, um festzustellen, ob hierin System liegt, was von uns bestritten wird, oder nur eine eigenmächtige Handlungsweise der betreffenden Unternehmer. Doch wenn die Angestellten im Gastwirtsgerwerbe nicht treu zu ihrer Organisation halten und sie stärken, wird in der nächsten Periode sicher etwas ganz anderes eintreten. Die Organisation muß entschieden in aller Öffentlichkeit Verwahrung dagegen einlegen, daß unter den heutigen Verhältnissen ein derartiges Gebahren der Unternehmer überhaupt Platz greifen kann. Die Organisation wird nach wie vor bestrebt sein, solche Auswüchse von Tarifbrüchen vor aller Öffentlichkeit zu brandmarken und es sich angelegen sein lassen, Abhilfe zu schaffen. Es wird die Zeit kommen, wo die Unternehmer einsehen werden, daß nur Tariftreue und Treue und Glauben Geseh von höchster Bedeutung sein kann.

Den Kollegen, die unter solchen Machinationen leiden, rufen wir zu: „Macht uns Mitteilung, wenn derartige Auswüchse hervortreten. Nur dann werden wir in der Lage sein, sofort einzugreifen. Nebst Solidarität und Bewahrt der Organisation die Treue, dann ist der Ball geschaffen, der uns vor solchem Treiben schützt und sichert!“

Abbruch der Tarifverhandlungen in der Asphaltindustrie.

Am Donnerstag war eine gut besuchte Mitgliederversammlung aller kaufmännischen und technischen Angestellten der Asphaltindustrie, die im Ala-Club organisiert sind. Wille vom Zentralverband der Angestellten referierte über die Tarifverhandlungen mit der Berliner Asphaltstraßenbau-Vereinigung. Die Arbeitgeber machten bei den letzten Verhandlungen ein Angebot von 10 Proz. Gehaltserhöhung unter dem Hinweis, daß eine weitere Erhöhung ausgedehnt sei. Der Magistrat von Berlin gab ihm seit April 1921 trotz gesteigerter Materialpreise, Löhne und Gehälter immer noch dieselben Preise für die Unterhaltung bzw. Reparatur der Asphaltstraßen. Auf einen Widerspruch aus den Reihen der Verhandlungskommission gingen sie nicht ein, obwohl bekannt ist, daß vom Magistrat für viele andere umfangreiche

Arbeiten laufend Erhöhungen bewilligt werden. Nebrigens wird sich der Magistrat zu dieser Behauptung zu äußern haben. Man versucht mit Hilfe der Angestellten höhere Preise von dem Auftraggeber herauszuholen, ohne damit die Verpflichtung anzuerkennen, den Arbeitern eine annähernd menschenwürdige Bezahlung zukommen zu lassen. Die in Frage kommenden Angestellten beziehen zurzeit Gehälter von 710 bis 2600 M. pro Monat, wobei berücksichtigt werden muß, daß die letztere Summe nach zehnjähriger Verfassung in der Gruppe IV nur besonders qualifizierten Angestellten zugute kommt. Der Referent erklärte sich außerstande, das Angebot der Arbeitgeber zur Annahme zu empfehlen.

Nach ausgiebiger Diskussion beschloß die Versammlung einstimmig, das Angebot abzulehnen und die Angelegenheit vor dem Schlichtungsausschuß zum Austrag zu bringen.

Aus den deutschen Waffen- und Munitionsfabriken.

Im vergangenen Jahre erhielten die Arbeiter des Kugellagerwerks in Wittenau, nachdem etwa dreiviertel Jahr nur während drei Tagen in der Woche gearbeitet worden war, einen Vorschuh von 300 Mark. Dessen Zahlung erfolgte, nachdem ein großer Teil der Belegschaft den Generaldirektor Herrn v. Gontard auf dem Fabrikhof angesprochen und ihm die Notlage der Belegschaft vor Augen geführt hatte. Herr v. G. versprach für billige Lebensmittel zu sorgen und stellte auch sonst Entgegenkommen in Aussicht. Der Vorschuh sollte in Raten von 20 M. wöchentlich abgezogen und erst ein Teil desselben erlassen werden. Als der Vorschuh bis auf 100 M. getilgt war und der Generaldirektor an sein Versprechen erinnert wurde, ist bereits im Oktober der Rest von 100 M. niedergeschlagen und weitere Abzüge sind nicht mehr gemacht worden.

Bis jetzt aber wird von untergeordneten Organen immer wieder versucht, beim Abgang von Arbeitern denselben die 100 M. abzurufen. Dem Betriebsrat wurde zwar zugesagt, daß dies nicht geschehen soll, dennoch wird es immer wieder probiert. Es bedarf wohl nur des Hinweises an dieser Stelle, um dieser üblen Gepflogenheit ein Ende zu machen.

Schichtkurse der Betriebsräteschule!

Für Schicht- und Abendarbeiter plant die Betriebsräteschule die Einrichtung von Tageskursen, die vormittags und frühnachmittags stattfinden sollen. Als Thema ist vorgesehen:

1. „Der Betriebsrat, seine Bedeutung und seine Aufgaben.“ Dieser Kursus ist für Belegschaftsarbeiter bestimmt und findet vierzehntägig, Dienstag vormittags von 10 bis 12 Uhr statt.
2. „Der Betriebsrat und die wirtschaftliche Lage.“ Dieser Kursus findet achtstägig, Freitag vormittags von 10 bis 12 Uhr statt.
3. „Das Betriebsrätegesetz im Rahmen des modernen Arbeitsrechtes.“ Der Kursus soll achtstägig, Mittwoch nachmittags von 3 bis 5 Uhr stattfinden.

Mit der Einrichtung des Kurses 1 für Belegschaftsarbeiter kommen wir einem Antrag nach, der von Verbänden sowohl als auch von Schichtarbeitern verschiedentlich an uns gestellt wurde. Es handelt sich bei diesem insgesamt 5 Doppelstunden umfassenden Kursus um einen Versuch, die ganz besonders für die Belegschaftsarbeiter bestehenden zeitlichen Schwierigkeiten zu beheben.

Unterrichtsraum für alle Kurse ist der Sitzungsaal der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Berlin SO. 16, Engelauer Nr. 24/25, 2. Hof 1. Der Beginn der Kurse richtet sich nach den einkaufenden Anmeldungen und wird jeweils durch die Presse bekanntgegeben werden. Karten für Kursus 1 zum Preise von 5 M., für die Kurse 2 und 3 zum Preise von 10 M. sind im Bureau der Schule erhältlich. Arbeitslose können unentgeltlich am Unterricht teilnehmen. Sie erhalten Hörkarten gegen Vorzeigung ihres Arbeitslosenausweises. Nur solche Kollegen wollen sich zum Unterricht melden, die regelmäßig dem Unterricht beimohnen können. Betriebsräteschule der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Achtung! Kupferschmiede der SPD. Zu der Mitgliederversammlung heute, Donnerstag, abends 7 Uhr, ist das Erscheinen eines jeden auf unserem Boden stehenden Kollegen unbedingt erforderlich.

Die „Betriebsrätezeitung“, die als gemeinsames Organ für Arbeiter- und Angestelltenräte jetzt erscheint und von dem UDSB. und der Ala herausgegeben wird, liegt in ihrem Januarheft vor. Den neuen Jahrgang leitet ein Aufsatz „Zwei Welten“ ein, der uns die Welt, in der man „von unten nach oben“ und die Welt, in der man „von oben nach unten“ sieht, schildert. Es folgen Aufsätze über das Zuckermotopol, Preis und Wucher, Die Arbeit des deutschen Werkbundes, über „Graphische Darstellungen“, den Willen zur Arbeit, die Enderhebung eines Reichsbetriebsrätekongresses, den Gesamtentwurf für die Kreditgemeinschaft der deutschen Gewerbe. Eine Karte von Australien und ein zugehöriger Aufsatz dienen der wirtschaftsgeographischen Schulung. Unter „Geseh und Recht“ erscheint die Sammlung von Sprüchen der Schlichtungsausschüsse, die heute unentbehrliches Material bietet. Die Zeitung ist durch jedes Postamt zu beziehen (vierzehntäglich 3 M.), sofern sie nicht durch die

Organisation bezogen wird. Infolge der Titeländerung haben zahlreiche Postämter die Abonnementannahme verweigert. Die Eintragung steht im Nachtrag des Postzeitungskatalogs. In Berlin ist die Zeitung in den Kiosken käuflich.

Verbindlich erklärte Tarifverträge. Das durch Schiedspruch vom 21. September 1921 festgelegte Nachtragsabkommen zum Tarifvertrag für die Pelzwarenbranche ist mit Wirkung vom 1. August 1921 für das Gebiet der Stadtgemeinde Berlin für allgemein verbindlich erklärt worden, desgleichen das am 21. Oktober 1921 für die Guß- und Rührerbranche abgeschlossene Nachtragsabkommen zum Tarifvertrag mit Wirkung vom 1. Oktober 1921. Die Angestellten der genannten Branchen müssen sich im Bureau des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7, und Kommandantenstr. 65/64, über die ihnen zutreffenden Gehälter informieren.

Transportarbeiterverband. Sitzung 2. Donnerstag, Verkehrsministerium, Berlin, 5 Uhr im Lokal von Köpcke, Inselstr. 1b, Sitzung der Lohnkommission, 8 Uhr Versammlung, — Freitag, Möbeltransportarbeiter und Instrumentenmacher, Abends 7 Uhr Kesslers-Gesellschaft, Sandberger Str. 11, Donnerstag, — Freitag, Sektion 1. Gruppe A, Buchhandel, Abends 7 Uhr in der Schulaula, Stallstraße 14, wichtige Gruppenversammlung, Bericht über die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß, — Freitag, Branche 4 der Engroskonfektion und Bekleidungsindustrie, Handelskammer, Arbeiterinnen aus allen Betrieben, Abends 6 Uhr, Branchenversammlung im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24-25 (großer Saal).

Zentralverband der Maschinen- und Feiler. Donnerstag abends 6 Uhr im Lokal von Schulz, Elisenstr. 30, Funktionserklärung der Maschinen- und Feiler der Metallindustrie. Das Erscheinen eines jeden Funktionärs ist Pflicht! Die Ortsverwaltung.

Verband der technischen Angestellten und Beamten. Mittwoch, Donnerstag abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in Obels Restaurant, Tempelhofer Ufer 6. — Freitag, Freitag abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Danneberg, Regal, Hauptstraße. — Versammlung aller Buchhändler, Abends 7 Uhr, in den Sophienböden, Sophienstraße 17-18.

Zentralverband der Angestellten. Warenhäuser, Freitag abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung in der Süd-Strauße, Finkenstr. 23.

Aus der Partei.

Landesparteitag in Hessen.

Die sozialdemokratische Partei Hessens hielt am Sonntag einen außerordentlichen Parteitag ab, auf dem 180 Orte mit 221 Delegierten vertreten waren. Eingehend besaßte sich die Tagung mit der Reform der Verwaltung der Kommunen, des Kreises und der Provinz. Die vorliegenden Anträge nebst den Richtlinien des Referenten wurden einer Eiferkommission überwiesen, die gemeinsam mit den sozialdemokratischen Mitgliedern des gesetzgeberischen Ausschusses des Landtags die Bearbeitung des Materials übernehmen soll. Nach ausführlichem Referat über Finanz- und Steuerfragen wurde die Entscheidung angenommen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ersucht wird, auf die Beteiligung des Finanzlands der Gemeinden hinzuwirken, weiter wurde in einer Entscheidung die Reichstagsfraktion ersucht, bei der Beratung der Steuererlasse im Reichstag unbedingt an den zehn Forderungen des UDSB. festzuhalten, im besonderen an der Beteiligung des Reichs an den Sachwerten. In einer Entscheidung wurde die hessische Landtagsfraktion aufgefordert, dahin zu wirken, daß der Anteil der Gemeinden an der Einkommensteuer von 15 auf 30 Proz. erhöht wird.

Unsere Partei und die Steuern.

In einer Mitgliederversammlung der Ortsgruppe der SPD. in Altenburg wurden die Finanz- und Steuerfragen des Reiches eingehend besprochen. Mit Entschiedenheit wurde gefordert, daß die sozialistischen Parteien, insbesondere unsere Vertreter im Reichstag und der Regierung, mit allem Nachdruck die Erfassung der Sachwerte durchsetzen. Die gemeinsame Aktion der SPD., UDSB. und UDSB. wurde begrüßt, verlangt wurde aber, daß diese Kommissionen laien sind. Allgemeines Verlangen hat die Neuverteilung der direkten Steuern (Lohnabzug) erregt. Es zeigt sich, daß selbst die gerechte direkte Steuer zugunsten der großen Einkommen gemildert, die indirekten Steuern (Rohle, Zucker usw.) erheblich verschärft wurden.

Verantwortl. für den Text: Karl Franz Kühn, Berlin-Dahlemerstr. 11. Anzeigen: K. Gleditsch, Berlin, Verlag Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Germania-Verlag, Berlin, Verlagsort: Neudammstr. 10, Berlin. Einbinder: K. Gleditsch, Berlin, Verlagsort: Neudammstr. 10, Berlin.

Gegen raue aufgesprungene Haut

CREME MOUSON

vollkommenstes Hauptpflegemittel

Billige Preise für vornehme Winterkleidung

Schlupfer, Raglans und Ulster <small>aus hell- und dunkelfarbenen Flurk., Homozygus- und Diagonalstoffen</small>	600 ⁰⁰	Winter-Anzüge <small>aus Manufaktur od. ang. Leder, mit schwerer Futter, Schrot, gegen strengen Frost von M.</small>	390 ⁰⁰	Jackett - Sportform, in vielen guten Qualitäten	250 ⁰⁰
Schlupfer, Raglans und Ulster <small>aus erstklassigen Fabrikkatzen in wundervoll helles und dunkles Farbstellungen</small>	900 ⁰⁰	Sport-Anzüge <small>aus Leder- u. Homozygusstoffen, in wechsellöser Verarbeitung</small>	475 ⁰⁰	Knaben-Anzüge <small>in verschiedenen Farben und Qualitäten</small>	150 ⁰⁰
Winter-Paletots <small>aus schwarzen Stoffen, sehr geschmackvoll</small>	775 ⁰⁰	Gehrock-Anzüge Smoking-Anzüge Frack-Anzüge <small>Modernste Verarbeitung, auch nach Maß, Maßige Preise.</small>	550 ⁰⁰	Sweater-Anzüge <small>Wolle, Pa. Qualität, Preise je nach Größe von</small>	116 ⁰⁰
Ulster <small>aus dunklen Stoffen, sehr geschmackvoll</small>	285 ⁰⁰	Cutaway u. Weste <small>aus schwarz u. Maroon- Stoffen</small>	175 ⁰⁰	Herren-Hemden <small>mit engem Schnitt, Prima Qualität</small>	72 ⁰⁰
Knaben- u. Jünglings-Schlupfer <small>in neuesten Farben u. schönsten Farbstellungen, Preise je nach Größe und Qualität</small>	260 ⁰⁰	Winter-Joppen <small>aus festem Lodenstoff, warm gefüttert, Interims- und Sportform</small>	110 ⁰⁰	Herren-Westen <small>aus Aermel, mit Kappe, wasser- und gegen sibirische Kälte</small>	35 ⁰⁰
Engl. Offiziersmäntel <small>in braunroter Farbe, aus dickem, wasserfestem und wasserd. Watte mit weill. Leinwand</small>	575 ⁰⁰	Herren-Litewken <small>aus Hochwolle, Aermel gefüttert</small>	350 ⁰⁰	Herren-Unterhosen <small>l. d. gleich. Qual. wie die Weste, u. Watterung, in Navy, gelb, M. 55</small>	35 ⁰⁰
Amerikan. Mäntel <small>in braunroter Farbe, wasserd. Watte, hoch- und rüstfrei</small>	250 ⁰⁰	Pelzjoppen <small>aus hochwert. Lodenstoff, wasser- und wasserd. Watte</small>	400 ⁰⁰	Herren-Unterhosen <small>weill. mit engem Schnitt, Prima Qualität</small>	58 ⁰⁰
Gummimäntel <small>für Damen und Herren, hoch- weill. und mit Fellein, in guten Qualität</small>	400 ⁰⁰	Fahrpelze <small>aus hochwert. Lodenstoff, wasser- und wasserd. Watte</small>	70 ⁰⁰	Herren-Socken <small>aus hochwert. Wolle, in verschiedenen Farben</small>	4 ⁰⁰
Bozener Mäntel <small>in solider Qualität, wasserd., hoch- und rüstfrei</small>	350 ⁰⁰	Hosen <small>aus hochwert. Lodenstoff, wasser- und wasserd. Watte</small>	275 ⁰⁰	Damen-Strümpfe <small>aus hochwert. Wolle, in verschiedenen Farben</small>	6 ⁰⁰
Herren-Anzüge <small>dreiteilig aus sehr haltbaren Stoffen</small>	150 ⁰⁰	Jünglings-Anzüge <small>aus hochwert. Lodenstoff, wasser- und wasserd. Watte</small>	800 ⁰⁰	Damen-Schlupfhosen <small>blau, schwarz, verlässliche Qualität, Größe 40</small>	56 ⁰⁰
Jackett-Anzüge <small>aus hochwert. Stoffen, in verschiedenen Farben</small>	450 ⁰⁰			Herren-Hüte / Chapeaux-Clagues <small>in großer Auswahl zu billigen Preisen.</small>	
Jackett-Anzüge <small>aus hochwert. Stoffen, in verschiedenen Farben</small>	800 ⁰⁰			Weisse Oberhemden / Frack-Oberhemden Helle Frack-Westen / Weisse Krawatten	

In der Morgenstunde billiger Verkauf von Trikots und anderen Sachen

BAER SOHN

Der Versand nach außerhalb erfolgt in der Reihenfolge der eingehenden Aufträge

Berlin Chausseestraße 29-30

Not im Berliner Verschönerungsgewerbe.

Nur das Damenfrisieren floriert. — Die kleinen Geschäfte leiden.

Friseurgewerbe ist der Sammelname für eine ganze Reihe verschiedener Berrichtungen, die dem Zwecke dienen, die Menschen — an Haut und Haaren — zu verschönern, sie zu rasieren, effilieren, bombagieren, schampunieren, frottieren, massieren, pomadifizieren, ondulieren, toupieren, frisieren, maniküren und pediküren. Im Mittelalter spielte dabei der Barber eine wichtige Rolle, von dem noch der Name in Bayern bezuglich blieb. Der Berliner Barbier, der früher das Souverain bediente, ist heute nur noch selten im Keller zu finden. Er verlegte seinen Betrieb längst in Bodenstöße, machte einen „Salon“ daraus — wenigstens durch die Aufschrift — und wurde so Friseur. Die ehrwürdigen Berückenmacher, die höchstens noch zu Theaterzwecken Aufträge bekommen, waren wirkliche „Vollblutfrisierer“ und fühlten sich durch die neuen Barbier-Frisierer in ihrer Exklusivität so sehr bedrängt, daß sie die Verdeutschungsucht der Kriegszeit beim Schopfe faßten und ihren Friseur- und Berückenmacher-Innungsbund in einen „Haarformerbund“ umbauten.

Der Sieg der Gläse.

Seitdem sich aber die einst so sorgfältig verhäulte Gläse Bürgerrecht verschafft hat — wohl oder übel, da der Haarausfall bei Kriegsteilnehmern ärztlicherseits nachgewiesen ist —, hat sich die Kunst der Haarformer auf die „Behauptungen“ der Damen eingestellt. Doch diese Behauptungen meist falsch aufgefaßt werden, kommt nicht in Frage, wenn sie nur recht hübsch sind und kleidbar. Im Gegenteil, sie lassen sich um so schöner formen, wenn Ersatzteile zu Hilfe genommen werden, die den Haarformer als Postleure (zu deutsch: Haararbeiter) erst recht in Nahrung sehen. Hier bleibt denn auch der launischen Mode genügend Spielraum zu immerwährenden Abwechslungen. In der Kriegszeit, als die Frauen und Mädchen in alle Betriebe strömten, verdienten und ausgeben konnten, kam das Damenfrisieren — mit vorhergehendem Kopfwaschen und Haartrocknen — so recht in Blüte. Es blieb auch nachdem noch etwas hängen, allein der Rückschlag für die Klasse der kleinen Geschäfte war doch recht empfindlich. Dabei stehen dem Damenschopf heute mehr und besser gebildete Arbeiterkräfte zur Verfügung als damals. Im allgemeinen hat das Damenschopf, wozu auch die Schönheitspflege durch Massage und Höhenjonnendestillation zählt, auch jetzt noch weniger zu klagen als das Herrenschopf. Schon vor dem Kriege war die einträgliche Hahnbormode („Es ist erreicht“), das Barbauschen, die Schnurrbartbinden, -mäffer, -kämme und -bürstchen stark abgeflaut und ist nun vollends durch die Zahnbürste auf der Oberlippe verdrängt worden. Während des Krieges aber kam das Rasierfach bis ins Gedränge. Der größte Teil der Selbständigen und über 90 Proz. der Gehilfen waren eingezogen. Zu dem Mangel an Arbeitskräften gesellte sich der Mangel an Seife, das Warten wurde länger, die Bedienung unfaulbarer und durch Behälter nicht besser. Hinzu kamen die unermesslichen Preiserhöhungen, so daß das Heer der Selbstfriseurer immer größer wurde.

Die Selbstfriseurer nötigen zur Berufslucht.

Berlin war in der Vorkriegszeit das Sammelbecken für die in allen angrenzenden Provinzen viel zu viel angelockte Gehilfen. Sobald die jungen Leute sich auf ihre Ansprüche ans Leben besannen, konnten sie trotz Trinkgeld mit den paar Mark Wochenlohn nicht mehr auskommen; sie wurden „zu alt“ und nur noch Sonnabends und Sonntags zur Aushilfe beschäftigt, bis sie bei der ersten Gelegenheit selbständig wurden. Wo die Konkurrenz im kleinen zu groß ist, schlägt sie in Schmuckkonkurrenz um, hemmt und hindert alle technischen und sonstigen Fortschritte, zu denen sie anspornen soll. So blieb das Barbiergewerbe in Berlin ein Elendsgewerbe. Selbst soweit es zahlungsfähige Kundenschaft hatte, lohnte die Arbeit nicht. In den besseren Geschäften war und ist es noch heute hauptsächlich das Verkaufsgeschäft, das den Betrieb erst lohnend macht. Das Publikum war an die viel zu geringen Preise gewöhnt und jede Preiserhöhung endete mit dem Verlust einer weiteren Kundenzahl, mit der Zunahme der Selbstfriseurer. Die Gehilfenlöhne blieben trotz einer gewissen Ergänzung durch das heute noch bestehende Trinkgeldwesen derart hinter den Bühnen der ungelerten Arbeiter zurück, daß ein großer Teil der Gehilfen, denen es heute nicht mehr möglich ist, „mit nichts anzufangen“, selbständig

zu werden, die Berufslucht ergreifen mußte, auf der einige auch zu Klante kamen.

Das Gewerbe leidet unter der Preissteigerung.

Die Meister, deren Innungen früher außer dem Befähigungsnachweis die Konzessionierung des Gewerbes forderten, haben heute ihr Ziel, die Verhinderung neuer Konkurrenz, ohne weiteres durch die Verhältnisse erreicht. Aber mit all ihren Vereinigungen, freien und Zwangsinnungen, deren Groß-Berlin mehr als ein Dutzend aufweist, die jetzt in einer Zwangsinnung aufgehen sollen, kommen die Meister nicht weiter, wenn ihnen die Kunden wegen der hohen Preise untreu werden. Sie appellieren daher an die Einsicht der ihnen noch verbliebenen Kundenschaft, sich durch die gegenwärtig zahlenmäßig hohen Preise nicht abschrecken zu lassen. Tatsache ist, daß ihre Bedienungspresse jeder Nachprüfung standhalten und nicht als hoch oder gar übermäßig hoch bezeichnet werden können. Die Gehilfen und Lehrlinge aber müssen von den Meistern in manchen Städten auch etwas mehr Einsicht fordern, vor allem hinsichtlich der Löhne und des Kostgeldes und der Einführung der Sonntagsruhe. Bleibt auch in hygienischer Beziehung noch viel zu wünschen übrig, so haben wir doch in Berlin schon eine ganze Reihe erstklassig eingerichteter Geschäfte zu verzeichnen.

In die Fremden-Geschäfte in der Nähe der Bahnhöfe und die Hotelgeschäfte sollte sich der Berliner jetzt allerdings nicht hineinwagen; die Konkurrenz mit den Valisabegnadeten und den hochgelobten Schiebern kann er nicht gut aufnehmen. Es sei denn, er bringt es fertig, nichts zu kaufen. In den Friseurräumen der Warenhäuser wie auch in den Geschäften mit Stammkundenschaft ist das Verkaufsgeschäft reeller und das Anmieren zum Kauf fällt fort oder macht sich wenig bemerkbar. Wie dem auch sei, das Friseurgewerbe hat sich in Berlin in den letzten Jahrzehnten zwar langsam, aber doch gewaltig gehoben. Daß es heute den Präsidenten zur Handwertstammer stellt, darf mit als ein Zeichen dafür gelten. In wirtschaftlicher Beziehung aber steht es heute, von den Luxusbetrieben abgesehen, an einem Wendepunkt.

Kommunistische Rückzugskanonade.

Zu den Vorgängen in der vorgestrigen Stadtverordnetenversammlung äußerte sich die „Rote Fahne“ in ihrer gestrigen Morgenausgabe ziemlich kleinlaut. Sie empfand wohl selber, daß die kommunistischen Stadtverordneten keine Vorbeeren geerntet hatten. Ueber die sozialdemokratische Fraktion schmeckte sie, diese sei durch die „gewaltige Empörung der Erwerbslosen“ zu einem „Rückzug“ veranlaßt worden. Gemeint ist, daß die sozialdemokratische Fraktion damit einverstanden war, die kommunistischen Anträge vorwegzunehmen, aber ohne Debatte dem Ausschuss zu überweisen. Daß eben diese Lösung, die schon vor der Stadtverordnetenversammlung im Kleinsten ausgereizt worden war, auch den Absichten der sozialdemokratischen Fraktion entspreche, wissen unsere Leser aus der von uns in der gestrigen Morgenausgabe veröffentlichten Mitteilung über die Verhandlungen des Kleinsten Ausschusses. Nur den Absichten der Kommunisten entsprach das nicht, weil dabei zwar die Bearbeitung der Anträge beschleunigt, aber nicht das Redebedürfnis der Kommunisten befriedigt wurde. In der gestrigen Abendausgabe wird die „Rote Fahne“ etwas mutiger. Sie erzählt von einer Arbeitslosen-Debatte, die aus Anlaß der Stadtverordnetenversammlung von der bürgerlichen Presse getrieben werde. Daß der bürgerliche Sozialist Caspari die Schupo zu Hilfe rief, werde in der bürgerlichen Presse bejubelt. „In diesem Chor“, fährt die „Rote Fahne“ fort, „stimmen auch „Vorwärts“ und „Freiheit“ ein, um zu zeigen, wie wenig sie für die Arbeitslosen und wieviel sie für den ungeführten Parlamentarismus übrig haben.“ Wer den Sitzungsbericht des „Vorwärts“ und unsere daran geknüpften Betrachtungen nachliest, wird die ganze Bösartigkeit dieses Schwindels der „Roten Fahne“ erkennen. Gegenüber unserer Feststellung, daß nicht überhaupt die Vornahme der Anträge befristet wurde, sondern nur die Vornahme mit

zeitraubender Debatte, glaubt die „Rote Fahne“ sich mit der Redensart helfen zu können, das sei eine faule Ausrede. Mit einigen unklaren Bemerkungen gibt sie in der Morgenausgabe über den Rückzug der Kommunisten hinweg, die in der wortlosen Ueberweisung an den Ausschuss schließlich selber amüßigt. Ihren Lesern möchte sie weismachen, dieser Beschluß sei ein Erfolg des Protestes der Arbeitslosen. Rein, das hätten die Kommunisten ohne ihren Krakeel und ohne den Tribünenraub schon an derthalb Stunden vorher haben können, wenn sie von vornherein so vernünftig gewesen wären.

Durch Mord zum Majorat.

Ein Geständnis des Grafen Schlieffen.

Auf den Majoratsbesitzer Graf Georg Wilhelm von Schlieffen war, wie wir seinerzeit meldeten, ein Mordanschlag beabsichtigt. Sein Vetter, der Graf Hans Heinrich von Schlieffen sowie die Gräfin Elsa von Schlieffen standen nun gestern in dem vom Publikum dichtgefüllten Schwurgerichtssaal in Görlitz, um sich wegen der schweren Anklage, Mörder zur Ermordung ihres Veters und Onkels gebunden zu haben, zu verantworten. Außerdem hatten sich die Gesellschafterin Minna Kups sowie der Gemüsehändler Köchel und der frühere Student Siengle in dieser Angelegenheit zu verantworten. In der Verhandlung legte der angeklagte Graf ein umfassendes Geständnis ab. Er habe sich stets in schlechten Verhältnissen befunden, während sein Vetter ein großes Majorat besaß. Er habe dem Angeklagten Köchel 500 000 Mark versprochen, wenn es ihm gelinge, seinen Vetter umzubringen. Seine Mutter, die er in den Plan einweichte, habe ihm dringend davon abgeraten. Er gab dem Köchel auch ein Gewehr, das er zur Tat benutzen sollte. Später erklärte ihm Köchel, daß er genügend Sprengstoff zur Verfügung habe, um das Majorat Schlieffens in die Luft sprengen zu können. Die Angeklagte Kups bekundete, daß auch sie um den Plan, den Majoratsbesitzer zu töten, gewußt habe, und daß sie glaubte, daß Köchel die Tat in Gemeinschaft mit Bolschewisten ausführen wollte.

Der Wassertunnel in Reinickendorf.

Der Verkauf des Wirtschaftsamtes Reinickendorf, über den wir nach dem Beschluß der Reinickendorfer Bezirksversammlung bereits berichteten, wird auch die Berliner Stadivertretendenversammlung beschäftigen. Der Magistrat hat eine dabingehende Vorlage der Versammlung unterbreitet und empfiehlt den Verkauf des Grundstücks Hottensir 48, Ecke Rospensdamer Str., an die Deutschen Telephonwerke zum Preise von 7,1 Millionen Mark. Aus den Verkaufsbedingungen ist als außerpolitisch bemerkenswert hervorzuheben, daß von der Entente gewisse Forderungen dahingehend gestellt worden sind, daß der auf dem Grundstück vorhandene Tunnel, in dem während des Krieges von der früheren Fabrikunternehmung Waffen eingekauft worden, für diesen Zweck unbrauchbar gemacht wird. Die Stadt als Verkäuferin wird, wie der Magistrat in seiner Vorlage mitteilt, bis zur endgültigen Uebergabe des Tunnels diesen Forderungen der Entente in vollem Umfange nachkommen und übernimmt für alle sich aus diesen Forderungen ergebenden Verbindlichkeiten die Haftung.

Nur für 2 Tage Gastkohlenreserven. Der Berliner Oberbürgermeister hat gestern an den Reichswirtschaftsminister nachsichende Drahtung gerichtet: „Kohlenvorrat der Berliner Gaswerke auf Bedarf für 2 Tage zusammengekauft. Sicheres Vornehmen noch ist mangelhafte Belieferung auf Dienstkohlenzwang der Eisenbahn zurückzuführen. Wir bitten dringend auf Aufhebung dieser Maßnahme und ausreichende Kohlenbelieferung zu dringen, da Gaswerke andererseits zum Erliegen kommen.“

Das Reichsverkehrsministerium teilt dazu mit: Die Annahme der Stadt Berlin, daß eine schlechte Kohlenbelieferung der Berliner Gasanstalten auf Maßnahmen der Reichsbahn zurückzuführen sei, ist unzutreffend. Die Reichsbahn hat sowohl an der Ruhr wie in Oberschlesien in den letzten Tagen keinerlei Wagenausfälle gehabt und die ihr zugeführten Kohlenmengen abgefahren. Die Dienstkohlenbestände der Reichsbahn sind, wenn auch eine Besserung eingetreten ist, immer noch so gering, daß auf eine bevorzugte Belieferung der Eisenbahn aus Betriebsgründen keinesfalls verzichtet werden kann. Die von der Eisenbahn in Anspruch genommenen Mengen sind aber nicht so groß, daß bei der heutigen Wagenstellung und Betriebslage eine Benachteiligung der übrigen lebenswichtigen Betriebe eintreten könnte.

Eine seltsame Nacht.

Roman in vier Stunden von Laurids Bruun.

Frau Helwig wurde unruhig. Sie fürchtete, daß Berners Name genannt werden würde.
„Der Pferdehändler Sörup — er war gekommen, um mit ihm wegen einiger Fohlen zu verhandeln, die er gekauft hatte; und dann hatten sie ein Papier wegen einiger Stück Vieh geschrieben, die er nach der Ernte für Herrn Hilsöe übernehmen sollte.“
„Na — und dieses Papier sollten Sie zur Beglaubigung unterschreiben?“
„Ach glaube wohl.“
„Sahen Sie, ob der Viehhändler Sörup ihm das Geld für die Fohlen bezahlte?“
„Jesses, ja! Er bekam wohl so an Tausend Kronen!“
„Woher wissen Sie, daß es tausend waren?“
„Er zählte sie auf, während ich dabeistand. Es waren lauter große Hundertkrone Scheine, und er schrieb die Nummern auf, wie er immer zu tun pflegte, wenn es große Scheine waren.“
Der Amtsvorsteher machte einige Notizen, dachte einen Augenblick nach und fragte dann weiter:
„Wo ließ er das Geld?“
„Ramsell Berg schaute vor Bemoegung beim Gedanken an das viele schöne Geld und wuschte sich die Nase mit ihrer Knöchelhand.“
„Er steckte es in die große Brieftasche, die er immer bei sich trug.“
„War außer Ihnen, Hilsöe und Sörup noch jemand zugegen?“
„Rein!“
„War jemand auf dem Hof, der wußte, daß Hilsöe Geld bekommen hatte?“
„Rein! — Das weiß ich bestimmt. Denn Herr Hilsöe sprach ja mit niemand außer mit mir und dem Verwalter. Und der ist augenblicklich im Krankenhaus.“
Der Amtsvorsteher machte wieder einige Aufzeichnungen, während Ramsell Berg über ihre strammstehende schwarze Taille strich.
„Was war die Uhr, als Sie das Kontor verließen?“ begann er wieder.

„s mag wohl eine Stunde nach dem Abendessen gewesen sein.“

„Also nach acht Uhr?“
„Ja, es war wohl so gegen neun.“
„Und später haben Sie Herrn Hilsöe nicht gesehen?“
„Rein — nicht bevor ich ihn von der Veranda aus sah. Die Türen waren zum Park geöffnet — und da lag er vor der Treppe — auf dem Rücken — die Arme von sich gestreckt — und hatte einen Hieb auf den Kopf bekommen.“
Der Amtsvorsteher notierte, während er fragte: „Sie meinen also, daß es zwischen halb neun und halb elf geschehen sein muß?“
Ramsell Berg blickte nachdenklich vor sich hin.
„Das mag wohl sein — ja. Herr Hilsöe pflegte seinen Abendspaziergang gegen zehn Uhr zu machen, wenn er die Abendzeitung gelesen hatte.“
Der Amtsvorsteher fing ihren scheuen Blick mit seinen klugen Augen auf.
„Der Mörder scheint ja mit den Verhältnissen auf dem Gutshof vertraut gewesen zu sein,“ sagte er. „Aber Wahrscheinlichkeit nach wird es sich zeigen, daß die Brieftasche gestohlen ist.“
Es zuckte um Ramsell Bergs dünne Lippen, und die Haut über den Backenknochen spannte sich.
„Jesses, ja!“ sagte sie mit Tränen in ihrer trockenen, schneidenden Stimme. „Sie ist fort!“
„Woher wissen Sie das?“ fragte er scharf.
„Das war das erste, wonach ich sah, als ich wieder zu Atem gekommen war.“
Der Amtsvorsteher stand auf und fixierte ihr knochiges Gesicht mit den blutroten Flecken scharf.
„Haben Sie die Leiche untersucht, Ramsell Berg?“
„Die Leiche untersucht?“ wiederholte sie und zog sich im Stuhl zurück, während ihre hervortretenden Augen hoffig die seinen streiften. „Da soll Gott mich vor bewahren! — Ich rüttelte ihn nur so n bisschen, um zu sehen, ob noch Leben in ihm sei. Und da fühlte ich an der Rocktasche, daß sie nicht da sei. Denn ich dachte mir gleich, daß das schöne Geld den bösen Menschen gelockt habe.“
„Wen meinen Sie?“ fiel der Amtsvorsteher heftig ein.
„Heiliger Himmel — woher soll ich das wissen?“
Hjarmer nahm wieder auf dem Puff gerade vor ihr Platz.

„Es tut mir wirklich leid für Sie, Ramsell Berg!“ sagte er und betrachtete seine weißen, wohlgepflegten Hände. „Sie verlieren jetzt ja Ihre gute, feste Stellung.“
„Ach, Jesses ja!“ sagte sie und wiegte den kerkzengeraden Oberkörper hin und her.
„Es ist ein großer Verlust für Sie, nicht?“
„Ach du großer Gott, freilich! — Und wenn man nur wüßte —“
„Was?“ Der Amtsvorsteher sah hastig mit seinen bleichen Augen auf.
Ramsell Berg zögerte einen Augenblick, als wolle sie nicht mit der Sprache heraus. Dann brachte sie trotzdem stoßweise hervor:
„Herr Hilsöe war ja immer so außerordentlich gut zu mir und ließ hin und wieder auch was davon verlauten, daß er mich in seinem Testament bedenken wolle.“
Jetzt waren sie endlich bei dem interessantesten Punkt angelangt.
„In seinem Testament, so so?“
Um sie nicht einzuschüchtern, sah der Amtsvorsteher auf seine weißen Hände herab und fügte in einem gleichgültigen Ton hinzu:
„Ja, natürlich! — Was für Erben sind sonst noch da, Ramsell Berg?“
„Ja, damit weiß unferneins ja nicht so recht Bescheid!“ sagte sie zögernd.
„Ich bin so wenig bekannt hier in der Gegend — aber Sie, die Sie sein Haus während so vieler Jahre geführt haben, müssen doch mit den Familienverhältnissen vertraut sein.“
„Ja freilich!“ — Ramsell Berg starrte mit ihren scharfen Vogelaugen, die keine Bewegung verrieten, vor sich hin. „Ja, sehen Sie, da war ja wohl so eine Art Sohn — einst —“
„Ein Sohn?“
Der Amtsvorsteher blickte erstaunt zu ihr auf, während Frau Helwig sich über die Stiderei beugte. Ihr Herz klopfte stark. „Jetzt kommt es,“ dachte sie.
„Ja, so n Adoptivsohn, oder wie man es sonst nennt,“ erklärte Ramsell Berg. „Aber nach dem, was ich so erfahren habe, waren sie verfeindet.“
„Bewegen?“
„Daüber weiß ich nichts!“ sagte sie und preßte die Lippen fest über die großen, falschen Zähne zusammen.
(Fortsetzung folgt.)

Allgemeine Ortskrankenkasse Neukölln
Bekanntmachung
 Auf Grund der §§ 8 und 9 der Wahlordnung für die Wahl zum Wahlberechtigten Ausschuss der Ortskrankenkasse Neukölln werden die wahlberechtigten Kassenzugehörigen...



Schöne Maske, wer bist Du?

V539 aus

„Ulsteins Album für Masken!“

Schnittmuster erhältlich bei der Firma

A. Wertheim

benachrichtigt, daß der einseitige Wahlvorschlag, beginnend mit dem Namen Paul Hünger, Kreisrichter zu Reinickendorf, Hermannstr. 106/07, ebenfalls mit dem Namen Christoph Hügel, Reinickendorf, Feinschneiderei, Straße 55, für gültig befunden worden ist. Der Wahlvorschlag enthält 30 Vertreter und 60 Ergänzmänner. Da sowohl von den wahlberechtigten Kassenzugehörigen als auch von den wahlberechtigten Arbeitgebern mit je ein Wahlvorschlag eingereicht worden ist, gehen die in den Wahlvorschlägen aufgeführten Bewerber als Wahlberechtigte...

Taubendung
 10,000 kg. faulst. Preisangeh. nach Quant. erh. Schieferung u. Bedarf. S. Schreiber, Regensburg, Wallstr. 1a. 14/18

Nasenröte, Sommersprossen
 Picket, Hautunreinigk. Gesichtsröte etc. werden schmerzlos, unmerkbar für die Umgebung, abgeschält durch echte Vater-Philipp-Schäker, danach kommt anmutige junge zarte Haut zum Vorschein. 3 1/2 M. vom Laboratorium Dresden-Zschachwitz 146, erhältlich in der Elefantena Apotheke, Leipziger Straße, und in den Drogerien: Bastianstr. 2, Fehmannstraße 3, Reinickendorfer Str. 119, Charlottenstraße 76, Prenkows, Prinestr. 4.

Ab Freitag, den 20. Januar 1922, beginnt unser

Inventur-Ausverkauf!

Warme Wäsche, Wollwaren, Trikotagen, Strümpfe, Arbeits- u. Berufs-Kleidung sind größtenteils im Preise bedeutend herabgesetzt, obgleich unsere zum großen Teil deutschen Heeresbestände an und für sich zu konkurrenzlos billigen Preisen verkauft werden. Wir haben uns anlässlich des Inventurverkaufs entschlossen, unserer Kundschaft noch eine besondere Gelegenheit zu billigem Einkauf zu geben.

Als besonders herabgesetzt und preiswert offerieren wir:

- Elegante Ulster M. 178.-
- Winterjoppen schwer und leicht M. 198.-
- Deutsche Militärmäntel schwarz gefärbt M. 58.-
- Feldgraue Uniformblusen vorzügliche Beschaffenheit M. 45.-
- Italienische Militärbusen aus instandgesetzter M. 42.-
- Amerikan. Uniformjoppen M. 92.-
- Englische Uniformjoppen M. 60.-
- Wickelgamaschen zu den amerikan. Uniformen passend M. 12.-
- Hemden und Unterhosen in verschied. Qualit. u. Ausfüh. (auch kompl. Garnituren) M. 22.- bis 85.-
- Herrensocken baumwollene, wollen und nur erstklassige Qualitäten M. 9⁹⁸ bis 17⁹⁸
- Gestreifte Hosen hervorragend in Qualität und Verarbeitung M. 117.- bis 225.-
- Feldgraue Hosen mit u. ohne Umschlag, auch für beehrte und unterseelte Herren
- Grüne Hosen mit u. ohne Umschlag M. 117.- bis 225.-

- Arbeits- und Berufs-Kleidung**
- Feldgraue Drellanzüge Spezialanfertigung Klapptragen, extra schwere Ware M. 128.-
- Monteuranzüge blau, vorzügliche Qualität M. 105.-
- Schutzanzüge amerikan. säurefeste, aus Zellstoff, best. aus Jacke und Hose M. 30.-
- Arbeitsschürzen aus starkem Dreil M. 35.-

Schuhwaren

- Militärschnürschuhe, Schaftstiefel größere Posten Herrenstiefel in modernen Form M. 75.- bis 257⁹⁸

Elegante Anzüge in großer Auswahl überaus billig!

Werkzeuge und Handwerkzeug wegen gänzlicher Aufgabe dieses Artikels bedeutend herabgesetzt!

Unser Angebot gilt nur soweit unsere Vorräte reichen. Auf Wunsch Postversand gegen Nachnahme nach außerhalb unter Bezugnahme auf vorstehendes Inserat.

B. Kaufmann & Co., G.m.b.H.

1. Geschäft und Lager: Köpenicker Str. 145, im Fabrikgebäude III. Hof
2. Geschäft: Chausseestr. 76
3. Geschäft: Schönhauser Allee 47
4. Geschäft: Neukölln, Kottbuser Damm 69.

Bötzow-Brauerei

Berlins größte und älteste Privatbrauerei

Caramel-Vollbier
 Flasche 1,80

Hell-Extra
 Flasche . . 1,80

:: Export ::
 Flasche . . 2,10

:: Bock-Bier ::
 Flasche 2,50

Überall erhältlich!

Überall erhältlich!

